

Die Machtübernahme der NSDAP im Jahre 1933 in Gummersbach

Am Vormittag des 30. Januar 1933 vereidigte Reichspräsident Paul von Hindenburg den neuen Reichskanzler Adolf Hitler mit seinen Ministern auf die Weimarer Verfassung. Im »Kabinett der nationalen Konzentration« koalierten die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, die beide eine tiefe Abneigung gegen den Parlamentarismus der Weimarer Republik und die Parteienherrschaft verband. Die weltgeschichtliche Bedeutung, die dieser Tag in der Rückschau erhalten sollte, wurde reichsweit von vielen Zeitgenossen nicht einmal ansatzweise erahnt. Da im Kabinett Nicht-Nationalsozialisten noch in der Mehrheit waren, wähten sich die konservativen Bürgerlichen, obwohl sie nicht den Reichskanzler stellten, sogar als Sieger.¹ Triumphierend verkündigte Franz von Papen: »*Wir haben ihn (Hitler Anm. d. Verf.) uns engagiert.*« Etlichen Beobachtern erschien die neue Regierung nur als eine weitere Variante in der Reihe der Präsidialkabinette.

Auch im Oberbergischen und in der Kreisstadt Gummersbach waren solche Auffassungen insbesondere im Bürgertum weit verbreitet. So kam denn auch die Machtübernahme durch Hitler am 30. Januar 1933 für die oberbergischen Nationalsozialisten und ihre Organisationen überraschend. Es wurden zwar nach dem Bekanntwerden der Nachricht spontan Freudenfeuer auf den höheren Bergen abgebrannt, doch besondere Feierlichkeiten fanden erst einige Tage später statt. Die NSDAP veranstaltete

in Gummersbach zusammen mit dem deutschnationalen Stahlhelm im Evangelischen Gemeindehaus eine Feier zu Ehren Hitlers. Dass Pfarrer Luyken als Führer des Stahlhelms daran teilnahm, dürfte auch die nicht wenigen Hitlerskeptiker im deutschnationalen Gummersbacher Bürgertum, das mehrheitlich ein Ende der Weimarer Republik herbeisehnte, beruhigt haben.

Typisch für diese Kreise dürfte die Reaktion des jungen Journalisten der rechtskonservativen »Gummersbacher Zeitung« Heinz Mühlenweg gewesen sein, der damals keiner Partei angehörte, aber nach eigenem Bekunden stark von der deutschnationalen »Hugenberg-Presse« beeinflusst war. Im Abstand von einigen Jahrzehnten schrieb der Sohn eines angesehenen Gummersbacher Architekten in seinen Erinnerungen: »*Über den 'Sieg' der Nazis, d.h. die Berufung Hitlers am 30.01.1933, freuten wir uns ehrlich mit. Wir erlagen der Täuschung, die zu berufenden Minister aus dem nationalen Lager wie von Papen, Hugenberg usw. würden wohl für Vernunft sorgen und als Bremsen wirken. Im übrigen sagten wir: ‚Auch die Braunen können nur mit Wasser kochen – und der Hindenburg ist auch noch da.‘*«² Die Ortsgruppen der NSDAP legten zudem zu diesem Zeitpunkt eher Wert darauf, die Verbundenheit mit dem deutschnationalen Koalitionspartner zu demonstrieren und »Respektabilität« nach außen zu zeigen.

Im liberalen Bürgertum hatten viele Demokraten das Einschneidende des Ergebnisses ebenfalls nicht begriffen. So stellte die »Volkszeitung für Rheinland und Westfalen« die neue Regierung als eine weitere Ausformung der schon vertrauten Präsidialkabinette dar und forderte die Leserschaft auf, »*die Dinge möglichst nüchtern zu betrachten.*«³ Auch das ungesetzliche Auflösen der Kommunalparlamente änderte an dieser Haltung kaum etwas. Denn nicht nur der Reichstag wurde per Notverordnung am 1. Februar aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März angesetzt, am 6. Februar beendete die preußische Kommissariatsregierung unter Hermann Göring auch die Arbeit sämtlicher Kreistage und Gemeindevertretungen, obwohl eine generelle Auflösungsvollmacht für die Gemeindevertretungen in der Rheinischen Städteordnung nicht vorgesehen war. In den Kreisen und Kommunen des Landes Preußen sollte am 12. März gewählt werden, um der neuen Regierung genehme Vertretungen zu verschaffen.

Die Kritik von liberaler Seite an diesem unverhohlenen Rechtsbruch blieb wiederum relativ gemäßigt. Man fürchtete vor allem, in dem Nebeneinander von Reichs-, Landtags- und Kommunalwahlen und der zu erwartenden weiteren Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen endgültig unterzugehen; das spezifische lokale Engagement einzelner – gerade auch liberal gesonnener – Bürger werde kaum noch Beachtung finden. Die »Volkszeitung« beschwor deshalb als Ergebnis der vorgezogenen Wahlen eine Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung, da »*das von Seiten der radikalen Parteien erfolgende Aufpeitschen der politischen Leidenschaften infolge der kurz vorher stattfindenden*

den Reichs- und Landtagswahlen ihren Niederschlag auch in den Kommunalwahlen, die bisher zur Mehrheit reine Persönlichkeitswahlen darstellten, finden und schließlich mit einer Krise der Selbstverwaltung enden werden.«⁴ Andererseits konnte der liberale Kritiker es sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorstellen, dass die Nationalsozialisten in der nächsten Zukunft nicht nur einige demokratische Rechte modifizieren, sondern die Republik ganz beseitigen wollten. Die Entwicklung der nächsten Wochen zeigte in dramatischer Form, dass diese abwartende Beurteilung eine katastrophale Fehleinschätzung war und trotz der Erfahrungen der vergangenen Jahre der Machtwille und die Skrupellosigkeit der Nationalsozialisten in weiten Kreisen immer noch unterschätzt wurden.

Während die Gegner der neuen Regierung aus dem – inzwischen allerdings zahlenmäßig unbedeutenden – liberalen Lager auf eine »Entzauberung« der Nationalsozialisten in der Regierungsverantwortung hofften und zur Nüchternheit aufriefen, scheinen die Sozialdemokraten und Kommunisten im Oberbergischen in den ersten Februartagen 1933 quasi gelähmt gewesen zu sein. Zumindest sind keine Berichte über Demonstrationen, Aufrufe usw. überliefert. Im Gegensatz zu den Liberalen fanden sie sich aber relativ schnell zu Gegenreaktionen zusammen. So wollte z. B. am 9. Februar 1933 die demokratische Eiserne Front durch einen Demonstrationzug in Dieringhausen ihre Kräfte mobilisieren und zur Schau stellen. Doch wurden die Veranstalter in Gummersbach zum ersten Opfer der neuen Verordnung Hindenburgs vom 4. Februar »zum Schutz des deutschen Volkes«, die die Meinungsfrei-

heit stark einengte. Schon zu Beginn des Wahlkampfes zielte diese neue Regierungsverordnung darauf ab, die politischen Gegner zu schwächen. So sah die »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes« vom 4. Februar 1933 Verbote von Aufmärschen und Versammlungen unter freiem Himmel vor, falls eine »unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit« gegeben schien. Hiermit wurde den Regierenden und ihren ausführenden Organen – z. B. dem Landrat auf Kreisebene – ein weiter Ermessensspielraum eröffnet, der auch bewusst zur Benachteiligung der SPD, aber auch des Zentrums im Wahlkampf eingesetzt wurde.

Der offensichtlich eingeschüchterte Landrat Gustav Haarmann verbot dann auch auf der Grundlage der neuen Verordnung den angekündigten Demonstrationzug der Eisernen Front zwei Tage vor der Durchführung. Die Sozialdemokraten und Zentrumsanhänger akzeptierten offensichtlich zähneknirschend diese entscheidende Einschränkung ihrer politischen Freiheitsrechte, denn ein Demonstrationaufruf trotz des Verbots unterblieb. Dazu waren beide Parteien zu »gesetzestreu« und man fürchtete wohl auch die Macht der nationalsozialistischen Gegner. Allerdings berichtet der SPD-Führer Fritz Nohl später von einer Bereitschaft des Gummersbacher Reichsbanner, aktiv zu werden. Auf der Grundlage eines Gesprächs mit ihm Anfang der 1960er Jahre schreibt Kurt Schreiner:

»Das Reichsbanner von Gummersbach traf sich in den letzten entscheidenden Monaten jeden Abend in einer Scheune an der Aussicht, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Vor dem Gebäude der Konsumgenossenschaft

in Niederseßmar standen bis tief in die Nacht hinein Wachtposten. Wie es scheint, warteten damals viele Reichsbannerleute auf einen Einsatzbefehl des Reichsleiters Hörsing, und mancher hatte sich insgeheim mit Waffen versehen.«⁵

Während die örtlichen Reichsbanner-Führer vergeblich auf einen »Befehl von Oben« warteten, fühlten sich die oberbergischen SA-Führer bereits als Sieger und standen bereit, Polizeifunktionen zu übernehmen. Hinter der Fassade der Legalität versuchten die NS-Organisationen, die kommunalen Behörden zur selben Zeit bereits unter Druck zu setzen. So ist aus der benachbarten Kommune Bielstein überliefert, dass dort bereits am 2. Februar 1933 die oberbergische SA-Standarte 65 in einem Brief an den Bielsteiner Bürgermeister Brindöpke – ähnliche Schreiben dürften auch den Gummersbacher Bürgermeister Hermann Kempkens erreicht haben – mit dem Anspruch einer lokalen Ordnungsmacht neben der Polizei auftrat: *»Im Falle marxistischer Angriffe auf die nationale Bevölkerung erfolgt unsererseits nicht nur passive Beseitigung der Gefahr. Wir sind entschlossen, von unserem Notwehrrecht nachdrücklich Gebrauch zu machen.«⁶*

Noch wehrte sich der Bürgermeister gegen diese Zumutungen der NSDAP. Er teilte seine ablehnende Haltung nicht nur dem Ortsgruppenleiter von Dra-benderhöhe Tierarzt Dr. Lutter mit, sondern begründet dies auch in einem Brief an den Landrat mit seiner Furcht vor einem eventuellen Bürgerkrieg: *»Das Vorgehen des Führers der Standarte 65 bedeutet unter Umständen nichts weiter als der Kampf von Volk gegen Volk, indem z. B. das Reichsbanner mit gleichen*

Ansprüchen und Eingriffen kommen könnte.»⁷ Allerdings täuschte sich Brindöpke über die Stärke und die Entschlossenheit des demokratischen Reichsbanners; anders als die SA hielten sie sich strikt an die Gesetze und die Freien Gewerkschaften waren im Gegensatz zum Jahre 1920 nicht stark genug, um mit einem Generalstreik erneut die Republik gegen eine rechtsradikale Machtübernahme zu verteidigen.

Auch den Kommunisten wurde von Seiten des Bürgertums und Teilen der Verwaltungen mehr Revolutionsbereitschaft unterstellt, als sie in Wirklichkeit vorhanden war; im Oberbergischen hatte die KPD zudem nur unter den Steinbrucharbeitern eine stärkere Verankerung.⁸ Überliefert ist ein handgeschriebenes Flugblatt der KPD, das auf jeden Fall in der Steinbrucharbeiter-Hochburg Marienheide-Müllenbach am 14. Februar 1933 – höchstwahrscheinlich auch in Gummersbach – verteilt worden war und in dem mit folgendem Text sehr allgemein zum Generalstreik aufgerufen wurde:

»Alarm!!

DIE REAKTION MARSCHIERT ----- NIEDER MIT
HITLER UND SEINEN TRABANTEN: LASST EUCH
EURE HUNGERLÖHNE NICHT NOCH MEHR
RAUBEN: ANTWORTET AUF DEN TERROR DER
FASCHISTEN MIT DEM GENERALSTREIK:

DENN NUR SO KANN ES DER ARBEITERSCHAFT
GELINGEN DEN FASCHISMUS DER EUCH HUNGER
KERKER UND ELEND BRINGT ZU SCHLAGEN:
HINWEG DIE BRAUNE MORDPEST: FORT MIT DEN
FEINEN HERREN -«⁹

Weder die Verfasser noch die Verbreiter des Flugblattes konnten ermittelt werden. Auch wenn dies eher unwahrscheinlich ist, kann es darüber hinaus nicht völlig ausgeschlossen werden, dass Nationalsozialisten hinter dem Flugblatt steckten, und zwar mit dem Ziel, die vorhandene Angst vor einem kommunistischen Aufstand oder einem Bürgerkrieg, für die es keine reale Grundlage gab, weiter zu schüren. Für die Organisation eines Generalstreiks im Aggertal waren die Kommunisten auf jeden Fall zu schwach. Stattdessen beherrschte die SA in diesen Februarwochen unbehelligt von Verboten durch den Landrat die oberbergischen Straßen: von einem fairen Wahlkampf konnte keine Rede sein. Solch selbstbewussten und unabhängigen Kommunalbeamten wie Brindöpke sollte aber auch in den nächsten Wochen und Monaten der Boden entzogen werden; sie wurden mit fadenscheinigen Gründen größtenteils aus dem Amte gedrängt.

Freie Bahn in der Verfolgung insbesondere der Kommunisten erhielt die Hitler-Regierung, als sie den Brand des Reichstages in der Nacht vom 27./28. Februar, den der holländische Anarchist van der Lubbe höchstwahrscheinlich als Einzeltäter verursacht hatte, der KPD in die Schuhe schob. Unverzüglich erging die »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat«, die »Reichstagsbrandverordnung«, in der »bis auf weiteres« die individuellen Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden. Alle Grundrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit, Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Unverletzlichkeit von Eigentum und Wohnung u. a. galten nicht mehr. Darüber hinaus konnten z. B. Verhaftungen ohne Angaben von Grün-

den erfolgen und den Inhaftierten der Rechtsschutz verweigert werden. Zudem hatten die Behörden der Länder und Gemeinden den Anordnungen der Reichsregierung Folge zu leisten. Von Berlin aus zentral koordiniert setzte nun bis hinunter auf die Gemeindeebene ein Kesseltreiben vor allem gegen die Kommunisten ein. Der Einzelne war damit bereits vor dem Erlass des sogenannten »Ermächtigungsgesetzes« am 24. März 1933 – formal durch Verordnungen juristisch gedeckt – zum Freiwild für die Regierung geworden; die Verordnung vom 28. Februar sollte in den nächsten Wochen »zum zentralen Instrument der nationalsozialistischen Technik der Machteroberung« werden.¹⁰

Bereits am 24. März, also am selben Tag erreichte die oberbergischen Kommunen ein Funkspruch des Landratsamtes, in dem bei kommunistischen Funktionären Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahme des gefundenen Materials angeordnet wurden, wobei man dies gleich auch auf eventuelle SPD-Plakate, Flugblätter usw. ausweitete. Die Polizisten setzten auch Hilfspolizei zu dieser Aktion ein, die vom preußischen Innenminister Hermann Göring (NSDAP) bereits am 22. Februar 1933 zugelassen worden war und die sich aus Mitgliedern von SA, SS und Stahlhelm rekrutierte. Zudem konnten die Gemeindeverwaltungen in der Regel rasch reagieren, da schon vor dem Reichstagsbrand Listen mit bekannten Mitgliedern der KPD, der SPD und der Freien Gewerkschaften angelegt worden waren, die als Grundlage für die späteren Durchsuchungen und Verhaftungen dienten. Als am 1. März ein entsprechender Funkspruch die Gemeindeverwaltungen erreichte, nahmen Polizisten und Hilfspolizisten

unverzüglich die führenden Persönlichkeiten der lokalen KPD fest, wobei allein ihre Überzeugungen und Funktionen als Inhaftierungsgründe ausreichten.

Von den 35 Kommunisten, die Anfang März im Oberbergischen Kreis in »Schutzhaft« genommen wurden, stammten allein 22 Männer und Frauen aus Gummersbach.¹¹ Sie wurden entweder im Amtsgerichtsgefängnis in Gummersbach, im Gefängnis Siegburg oder im Kölner Klingelpütz willkürlich inhaftiert. Der einzige gegen sie erhobene Vorwurf lautete, dass sie führende Rollen in der KPD oder der KPD-nahen Roten Gewerkschaftsopposition spielten. »Natürlich« wurde auch der Führer der Gummersbacher KPD, der Anstreichermeister Fritz Hoffmann verhaftet.

Es darf bei der Bewertung der Wahlen am 5. und 12. März 1933 also nicht übersehen werden, dass zwar noch alle Parteien kandidieren konnten und die Wahl auch geheim war, doch durch die Verordnungen und Verhaftungen in vieler Hinsicht bereits ein Ausnahmezustand – vor allem für die KPD – herrschte. Den Regierungsparteien, insbesondere natürlich der NSDAP, standen hingegen alle propagandistischen Hilfsmittel zur Verfügung. Die Nationalsozialisten boten auch im Oberbergischen alle prominenten Partei-Redner aus dem Rheinland auf, um einen grandiosen Wahlsieg einzufahren, mit dem sie dann endgültig die Legitimation besaßen, sich von der parlamentarischen Demokratie zu verabschieden. Als Star-Redner agierte wieder der Oberberger Robert Ley, der die Kirchen bereits aus einer Position der Stärke heraus nicht nur umwarb, sondern ihnen

in einer Wahlkampfredede im Evangelischen Gemeindehaus Gummersbach am 22. Februar auch drohte. Falls sie den Kampf gegen den Bolschewismus nicht unterstützten, werde »die Geschichte über sie hinweggehen.«¹²

Diese Propaganda-Offensive der NSDAP und eine politisch aufgeheizte Stimmung mündeten am 5. März in einer Rekordwahlbeteiligung: Im Oberbergischen Kreis gaben 93,1 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.¹³ Erwartungsgemäß legte die NSDAP bei den Wahlen zu. Sie benötigte aber auf Reichsebene immer noch die Deutschnationalen als Koalitionspartner, um eine absolute Mehrheit zu erhalten. Während die Parteien der bürgerlichen Mitte weitgehend marginalisiert waren, hielten sich die Verluste der Linksparteien angesichts der Verfolgungen und Drohungen in Grenzen. Das Zentrum konnte seine Position behaupten. Diese Entwicklung auf nationaler Ebene findet sich modifiziert auch in den oberbergischen Kommunen wieder.

In der Stadtgemeinde Gummersbach votierten mit 35,5 % ein gutes Drittel der Wähler für die NSDAP; ihr Stimmenanteil lag damit ca. 8 Prozent unter dem Reichsdurchschnitt. Selbst mit den 12,9 % ihrer deutschnationalen Bündnispartner, die diesmal unter dem Namen »Kampffront Schwarz-weiß-rot« kandidierten, blieben die beiden rechtsradikalen antidemokratischen Parteien knapp unter der absoluten Mehrheit. Die SPD erreichte noch 22,6 %, die KPD trotz der Verhaftungen ihrer Führer immerhin noch 9,8 %. Das Zentrum blieb mit 11,5 % relativ stabil; während für die liberalen Parteien zusammen weniger als 5 % der Wähler stimmten.

Bei der Kommunalwahl eine Woche später erzielten Nationalsozialisten und Deutschnationale im gesamten Stadtgebiet mit 33,5 % bzw. 11,2 % zusammen weniger als 45 % der Stimmen; also ein leichter Verlust von 3,7 %. Neben der etwas geringeren Wahlbeteiligung war hierfür die »Nationale Bürgerliste« mit ihren 7,2% verantwortlich. Hinter dieser neuen bürgerlichen Liste verbargen sich die Deutsche Volkspartei (DVP) und die liberale Deutsche Staatspartei, die bei den Reichstagswahlen in der Woche zuvor unter ihren angestammten Namen zusammen nur 4,4 % erzielt hatten. Das Bürgertum der Innenstadt gab dieser Liste sogar gut 20 % ihrer Stimmen; allerdings votierten die Innenstadtwähler mit 37,7 % für die NSDAP und 16,3 % für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot mehrheitlich für die neuen Machthaber. Insgesamt schnitt die NSDAP aber im Gebiet der Kreisstadt deutlich schlechter ab als im Kreis bzw. im Reich.

Nach den Kommunalwahlen entfiel auch jede Rücksicht auf die Sozialdemokraten. Unmittelbar nach der Verkündung der Wahlergebnisse wurden die führenden Sozialdemokraten von SA-Mitgliedern in ihrer Funktion als Hilfspolizisten ebenfalls in »Schutzhaft« genommen. Von den am 13. März festgenommenen 17 oberbergischen Sozialdemokraten wohnten sechs im Gummersbacher Stadtgebiet; darunter waren auch mit Fritz Nohl und Stefan Lenz die Führer der Gummersbacher SPD.¹⁴

Das Zentrum wiegte sich Anfang März immer noch in der Illusion, dass die Nationalsozialisten trotz ihrer terroristischen Wahlkampfführung gegen die Linksparteien – vor allem die KPD – sich nach

den Wahlen an die demokratischen Spielregeln halten und den Wählerwillen beachten wollten. Die katholische »Bergische Wacht« artikulierte die vorherrschende Meinung im Zentrum, als sie zwei Tage vor der Kommunalwahl schrieb, der 12. März 1933 sei »ein politischer Entscheidungstag allerersten Ranges.« Einen Tag später dürfte der Artikelschreiber wohl einen Teil seiner Naivität und Gutgläubigkeit verloren haben, als nämlich in den frühen Morgenstunden 30 bis 35 Nationalsozialisten das Verlagsgebäude der »Bergischen Wacht« in Engelskirchen stürmten und die bereits druckfertigen Platten völlig zerstörten.¹⁵ An ein Erscheinen der Zeitung am Tag vor der Kommunalwahl war nicht mehr zu denken. Allerdings blieben Aktionen gegen das Zentrum noch Ausnahmen, da man die katholische Kirche in dieser Phase noch nicht zu stark provozieren wollte und die Zustimmung des Zentrums zum geplanten Ermächtigungsgesetz auf Reichsebene benötigte.

Trotz des unverhüllten Terrors wollte die NSDAP die – allerdings inhaltsentleerte – parlamentarische Form auch auf kommunaler Ebene noch nicht völlig aufgeben; man wollte einen Schein der Gesetzestreue wahren. Am 13. April 1933 fand die erste **Sitzung** des neu gewählten Kommunalparlaments im festlich geschmückten Saal des Braunen Hauses in Gummersbach statt.¹⁶ Der noch im Amt befindliche Bürgermeister Kempkens würdigte die »nationale Erhebung«; die programmatische Rede hielt allerdings der Führer der NSDAP-Fraktion, der Arzt Bockhacker. Nach einem Zeitungsbericht erklärte der angesehene Kaufmann Franz Heuser (DNVP) »im Namen der übrigen nationalen Gruppen sich freudig bereit, zum Wohle der Heimat und damit des

gesamten Vaterlandes mitzuwirken.«¹⁷ Die gewählten kommunistischen Stadtverordneten, die inzwischen verhaftet waren, wurden zur Sitzung nicht zugelassen. Für den ebenfalls verhafteten SPD-Stadtverordneten Fritz Nohl trat Karl Gries als Ersatzmann an. Die anwesenden Stadtverordneten von SPD und Zentrum waren zur reinen Staffage degradiert.

Die Stadtverordneten, die ehemals liberalen oder konservativen Parteien angehörten, arbeiteten hingegen eng mit der NSDAP zusammen. Zudem war der Zulauf zur NSDAP besonders seit März 1933 enorm; immer mehr Gummersbacher beantragten die Mitgliedschaft in der nun regierenden Partei; die Neumitglieder wurden spöttisch als »Märzgefallene« und »Aprilhasen« tituliert. Die NSDAP reagierte schließlich mit einer Aufnahmesperre am 19. April 1933. Auch die SA-Standarte 65, zu der auch Gummersbach gehörte, hatte in dieser Zeit ein sprunghaftes Wachstum zu verzeichnen und konnte die Zahl ihrer Mitglieder zwischen Januar und Mai 1933 mehr als verdoppeln.¹⁸

Von großer Bedeutung für die Beruhigung der bürgerlichen Schichten war die offizielle Amtseinführung Hitlers am 21. März, der so genannte »Tag von Potsdam«. In der traditionsreichen Garnisonskirche – hier war die Gruft der preußischen Könige – konstituierte sich der neu gewählte Reichstag. Das gemeinsame Flaggen von Hakenkreuz und Schwarz-Weiß-Rot als den Farben des deutschen Kaiserreichs von 1871, die symbolhaft die Verschmelzung von »Deutschtum« und Nationalismus ausdrücken sollten, dominierte überall das Ortsbild. Vor der Kirche reichte Reichspräsident Hindenburg dem neuen Reichskanzler die



Abb. 1: Reichskanzler Adolf Hitler verneigt sich vor Reichspräsident Paul von Hindenburg und gibt ihm die Hand. Das Foto des Fotografen Theo Eisenhart der New York Times wurde nach 1945 zur Medienikone des Tags von Potsdam (Foto: Wikipedia/Bundesarchiv).

Hand, wobei sich Hitler durch eine Verneigung Hindenburg unterzuordnen schien. Dieser Anblick, der durch die Zeitungen reichsweit verbreitet wurde, hinterließ besonders in bürgerlichen Kreisen, die dem Nationalsozialismus eher skeptisch gegenüberstanden, einen tiefen Eindruck. Hitler erschien als

legitimer Erbe des Zweiten Reiches, das mit dem verlorenen Krieg untergegangen war. Der seriös gestaltete Festakt wurde im Rundfunk auch nach Gummersbach übertragen. In der Innenstadt wurde zu einer großen Veranstaltung am Abend vor der bzw. in der Stadthalle aufgerufen:

»GROSSE KUNDGEBUNG

der nationalen Wiedergeburt des deutschen Volkes

*Unter dem Leitspruch:
,Nimmer wird das Reich zerstöret,
wenn ihr einig seid und treu!'*

demonstriert am Dienstag, dem 21. März

dem Tage, an dem zum ersten Mal nach dem 9. November 1918 wieder ein Deutscher Reichstag in der Reichshauptstadt zusammentritt, die gesamte nationale Bevölkerung Gummersbachs unter Führung nachstehender Verbände, Parteien und Vereine, für die Einigkeit und Wiedergeburt der Nation. An alle Kameraden, Vereinsmitglieder, sowie an die gesamte Bevölkerung in allen ihren Ständen ergeht die Bitte, an dieser Kundgebung regen Anteil zu nehmen.

*Die Vereine und Verbände versammeln sich um 6.45 Uhr abends in ihren Vereinslokalen.
7.15 Uhr Antreten zum Fackelzug in der Moltkestraße
Im Anschluß an den Fackelzug Feuerrede vor der Stadthalle, bei ungünstiger Witterung große Kundgebung in der Stadthalle*

N.S.D.A.P. Ortsgruppe Gummersbach, Stahlhelm Bund der Frontsoldaten, Gummersbacher Kriegerverein, Gummersbacher Turnverein, Gummersbacher Männerchor, Gummersbacher Schützenverein, Gardeverein für Gummersbach u. Umgeg., Marineverein, Freiw. Feuerwehr Gummersbach, Feuerwehr der Firma L.C. Steinmüller, Gummersbacher Reiterverein ...«¹⁹

Die besonders von Goebbels propagandistisch geplante Veranstaltung in Potsdam verfehlte ihre Wirkung nicht. Sie wird z. B. in dem Bericht des Volksschullehrers Fritz Rau über den Tag in seiner Windhagener Schulchronik unmittelbar spürbar. Er selbst hatte noch im März 1933 für die DVP gestimmt und sollte auch in den Folgejahren als einer der wenigen Volksschullehrer nicht der NSDAP beitreten:

»Die Einberufung des neuen Reichstags zur Eröffnung in der Krolloper in Berlin mit vorausgehendem Staatsakt in Potsdam ist ein Tag nationaler Erhebung und Besinnung. Das bewusste Anknüpfen an Frömmigkeit (welcher Reichstag nach 1918 begann mit einem Gottesdienst) und an die Geschichte in Potsdam musste jeden Zweifel, der bestehen mochte, hinwegfegen. Alle Schulen veranstalteten Feiern und hatten am Radio dem Staatsakt zu lauschen. Wir verbanden das zugleich mit Lichtbildern aus Potsdam und seiner Garnisonskirche, so dass unseren Kindern Hören. Schauen und erleben in eins verschmolz. Dazu ein Sonnentag, dazu der 21. März. Frühling und Gedenktag der Frühjahrsoffensive 1918, wessen Herz schlug da nicht höher? Und dazu gabs die sonst so verfemte alte Militärmusik im Radio, wenn auch auf die Dauer etwas viel, aber sie half alte Quellen und Kräfte wieder freilegen: Nun muss sich alles, alles wenden! Am Abend veranstaltete auch der W(ind)hagener Kriegerverein mit den Schulkindern einen Fackelzug. Otto Kind hielt im Saale Backhaus eine zündende Rede, ich ließ die Kinder singen, zwei Gedichte wurden aufgesagt – es war auf einmal so ähnlich wie früher einmal vor dem Weltkrieg und doch wieder so ganz anders.«²⁰

Auch der Gummersbacher Pfarrer und Superintendent der Aggersynode, Herbert von Oettingen, der kein Nationalsozialist war, begrüßte in einer Rede vor der Aggersynode am 15. Mai in Wiehl ausdrücklich die Machtübernahme mit einem Hinweis auf den Tag von Potsdam:

»Wir werden zu keinem Verstehen der Gegenwart kommen und keinen Maßstab zu ihrer Beurteilung finden, wenn wir nicht die Vergangenheit recht zu deuten wissen. Wir vergessen über dem Erleben der Gegenwart zu leicht, aus welcher unermesslichen Gefahr wir befreit wurden. Unser Volk stand am Abgrunde. Es fehlte wirklich nur der zündende Funke, und wir hätten mitten im Chaos gestanden. Und das alles ist mit einem Male Vergangenheit geworden, und wir sehen uns wie Erwachende voll Staunen an, fragen uns: 'Ist das Wirklichkeit?' Gottlob, es ist Wirklichkeit, ist gottgeschenkte und gottesgewirkte Geschichte. Der Tag von Potsdam ist zum Wendepunkt geworden für unser Volk, und damit auch für uns und unsere Kirche. Bei diesem Erleben kann die Kirche nicht lediglich als Zuschauer danebenstehen mit mehr oder weniger Zustimmung oder Kritik. Gott erwartet, daß unsere Kräfte und Gaben für unser Volk zur Verfügung stehen und daß wir uns mit freudigem Herzen und mit unserer ganzen Person hinter die Aufgaben stellen, zu denen der Tag uns ruft.«²¹

Von Oettingen als Sprecher der oberbergischen Pfarrer beließ es aber nicht bei dieser pathetischen Begrüßung des neuen Regimes. Darüber hinaus verteidigte er auch ziemlich unverblümt die Terrormaßnahmen gegen die KPD, SPD und Gewerkschaften wie auch die offen antisemitischen Aktionen, die An-

fang April zunächst im Boykottauf Ruf gegen jüdische Geschäftsleute und Ärzte gipfelten. Auf derselben Kreissynode erklärte der Gummersbacher Pfarrer:

»Revolutionszeiten, in denen wir jetzt stehen, haben ebenso wie Übergangszeiten und Anfangszeiten großer Bewegungen immer eine gewisse Unsicherheit mit sich gebracht. Unter sündigen Menschen kann es in solchen Zeiten im einzelnen nicht ohne Übergriffe, Willkür und Rücksichtslosigkeit abgehen. Da haben wir die Pflicht, vom Evangelium aus auch zu strafen. Aber wir wollen und dürfen uns nicht durch naturnotwendige Begleiterscheinungen verärgern und empfindlich machen lassen. Große Zeiten brauchen große Gedanken und Herzen.«²²

Von Oettingens Denken war durchaus repräsentativ für weite Teile des Gummersbacher Bürgertums. Von dieser Seite hatten die Nationalsozialisten also nichts zu befürchten. In welchen Schritten vollzog sich nun die endgültige Durchsetzung der nationalsozialistischen Diktatur vor Ort?

Die Politik der Gleichschaltung und die völlige Etablierung der NS-Herrschaft

Auch die vollständige Machtübernahme der NSDAP im Verlaufe des Jahres 1933 verlief in Gummersbach nach einem Muster, das mit dem Geschehen in vielen deutschen Kommunen vergleichbar war. Hierzu gehörte auch die Auswechslung wichtiger Funktionsträger der Verwaltung. Wie im Falle des Gummersbacher Bürgermeisters Kempkens versuchte man die Willkür der Absetzung durch scheinrechtstaatliche Verfahren zu kaschieren. Dem seriösen



Abb. 2: Dr. Hermann Kempkens war von 1924 bis 1933 Bürgermeister der Stadt Gummersbach (Foto: Stadtarchiv GM).

Kempkens warf man u. a. falsche Abrechnung von Dienstreisen vor; am 24. Mai wurde er beurlaubt und ein Disziplinarverfahren mit dem »Ziele der Abrecknung des Ruhegehalts« gegen ihn eingeleitet.²³ Das Verfahren – einen Anstrich von Rechtsstaatlichkeit wollte auch der NS-Staat wahren – führte dazu, dass Kempkens »freigesprochen« wurde und er sein Ruhegehalt ungekürzt beziehen konnte. Hierfür waren nicht zuletzt Aussagen des früheren unbesoldeten Beigeordneten und Unternehmers Otto Schnabel, der zum deutschnationalen Lager

gehörte, verantwortlich. Wie auch einige andere Zeugen bescheinigte er Kempkens eine tadellose Amtsführung, insbesondere bescheinigte er ihm eine sparsame Verwaltungsführung:

»Bezüglich der allgemeinen sparsamen Verwaltung der Stadt Gummersbach kann ich als langjähriger Beigeordneter und ganz bestimmt auch im Namen sämtlicher früherer Stadtverordneten aussagen, dass der Bürgermeister Dr. Kempkens als einer der sparsamsten Verwalter des Städt(ischen) Vermögens bezeichnet werden kann. Es ist meine bestimmte Ansicht, dass wenn Herr Dr. Kempkens nicht Bürgermeister hier gewesen wäre, die Stadt sicher heute eine bedeutend höhere Summe Schulden hätte, als wie es effektiv der Fall ist. Es ist mir nicht bewusst, dass jemals das Gegenteil von irgendeinem Stadtverordneten oder Beigeordneten behauptet wurde.«²⁴

Kempkens Stellvertreter und zu diesem Zeitpunkt sein kommissarischer Nachfolger, der Beigeordnete Wilhelm Mackh, stellte sich nicht so eindeutig auf die Seite des ehemaligen Bürgermeisters. Er antwortete eher ausweichend; er sah aber auch keine verschwenderische Amtsführung Kempkens. Er kritisierte allerdings dessen Personalführung: *»Bezüglich der Behandlung der Beamten kann ich sagen, dass ich den Bürgermeister für launig halte. Er war manchmal entgegenkommend und manchmal schroff abweisend. Ich gebe zu, dass ich gegen so etwas sehr empfindlich bin.«²⁵* Auch wenn die gegen Kempkens erhobenen Vorwürfe sich als nicht begründet erwiesen, blieb seine in der Zwischenzeit ausgesprochene Amtsenthebung in Kraft. Eine



Abb. 3: Wilhelm Mackh war von 1933 bis 1945 Bürgermeister der Stadt Gummersbach. Der vormalige Technische Beigeordnete wurde 1933 Mitglied der NSDAP (Foto: Stadtarchiv GM).

Änderung des Berufsbeamtengesetzes erlaubte es den neuen Machthabern, unliebsame Beamte in den Ruhestand zu versetzen. Der technische Beigeordnete Wilhelm Mackh wurde im Dezember 1933 endgültig als neuer Bürgermeister an seine Stelle gesetzt; die Entscheidung dürfte die Kreisleitung in Abstimmung mit Robert Ley getroffen haben. Der ur-

sprünglich wohl eher deutschnationale Mackh trat am 1. Mai der NSDAP bei; er war geradezu ein Beispiel für den besonders im rechtskonservativen Gummersbacher Bürgertum verbreiteten Opportunismus gegenüber den neuen Herren.²⁶

Warum wählte aber die Kreisorganisation der NSDAP nicht einen »alten Kämpfer« zum neuen Gummersbacher Bürgermeister aus? Da keine Akten der Kreisleitung überliefert sind, ist man bei der Beantwortung auf Vermutungen angewiesen. Es stand wohl in der Partei kein auch nur halbwegs versierter Verwaltungsfachmann aus den eigenen Reihen zur Verfügung; Gottfried Adolf Krummacher hatte schon die Position des Landrates übernommen. Zudem suchte die NSDAP offensichtlich die Nähe und Mitarbeit des Gummersbacher Bürgertums, das in seiner Mehrheit zwar der Machtübernahme wohlwollend gegenüberstand, aber auch seine häufig deutschnationalen Positionen nicht ganz aufgeben wollte. Die rabiaten Umgangsformen der NSDAP waren ihm ein Dorn im Auge. Das verbindlichere Auftreten Mackhs kam ihnen viel mehr entgegen.

Andererseits folgte der neue Bürgermeister allen Anweisungen der Kreisleitung. Während der neue Landrat Krummacher, der schon seit 1930 überzeugtes Mitglied der NSDAP war, sich nach einer gewissen Zeit für die Freilassung von Sozialdemokraten und Kommunisten einsetzte in der Hoffnung, sie in die »NS-Volksgemeinschaft« zu integrieren, lehnte Bürgermeister Mackh ein Hilfeersuchen des früheren SPD-Beigeordneten Wilhelm Heibredner aus dem Konzentrationslager ab.²⁷ Immer unter dem Verdacht



Abb. 4: Dr. Gottfried Adolf Krummacher wurde bereits im Jahre 1930 Mitglied der NSDAP. Von 1933 bis 1935 war er Landrat des Oberbergischen Kreis (Foto: Heimatbildarchiv des OBK).

kein »alter Kämpfer« zu sein, gab er durchweg den Forderungen der NS-Kreisleiter nach. Nach dem Urteil des späteren Landrates und CDU-Bundestagsabgeordneten August Dresbach war Mackh »ein hervorragend tüchtiger Bautechniker, aber politisch unsicher und deshalb schwächlich gegenüber den wechselnden Kreisleitern der NSDAP.«²⁸

Doch nun zurück ins Jahr 1933. Im kommunalen Bereich wurde nicht nur der Bürgermeister ersetzt, sondern auch die demokratisch gewählten ehrenamtlichen Beigeordneten. An ihre Stelle traten nun Parteigenossen, und zwar der Kaufmann Karl Pflitsch als Stellvertreter des Bürgermeisters, der Bauunternehmer Erich Blaß und der ehemalige Stadtsekretär Fritz Schnepfel.²⁹ Zudem wurden sieben Beschäftigte der Gummersbacher Stadtverwaltung, fünf Beschäftigte des Arbeitsamtes einschließlich des Direktors Rimmel sowie der Sparkassenangestellte Theodor Stuplich, der Mitglied des Zentrums war, aus politischen Gründen entlassen.³⁰ Natürlich waren die Nachfolger im Amt Parteigenossen, die man auch versorgen wollte. So stieg z. B. der Führer der Gummersbacher SS, Walter Kops zum Polizeikommissar in seiner Heimatstadt auf.³¹ Auf ihrem unbedingten Führungsanspruch bestand die NSDAP auch bei der Nachbesetzung einer Stelle im Sparkassen-Kuratorium, die zuvor der deutschnationale Stadtverordnete Otto Schnabel eingenommen hatte. Hierüber stritt man sich sogar in der Ratssitzung am 17. August 1933. Im Protokoll heißt es:

»Gegen den Vorschlag der nationalsozialistischen Fraktion für Herrn Schnabel Herrn Dipl. Handelslehrer Altjohann in das Kuratorium zu entsenden, machen die Vertreter der nationalen Front geltend, daß nach den bisherigen Gepflogenheiten und gemäß dem s(einer) Z(ei)t getroffenen Übereinkommen der Ersatzmann aus ihren Reihen zu nehmen sei. ... Demgegenüber wird von der nationalsozialistischen Fraktion ... darauf hingewiesen, daß die s(einer) Z(ei)t getroffenen Vereinbarungen unter

ganz anderen Verhältnissen zustande gekommen seien und daß heute nicht mehr alle Gruppen in den Ausschüssen vertreten sein müßten ... Schließlich haben sie aber auch nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Vertreter aus dem Derschlager Bezirk entsandt wird, jedoch halten sie aus grundsätzlichen Erwägungen daran fest, daß dieses ein Mitglied der N.S.D.A.P. ist.»³²

Die Fraktion der NSDAP zog zwar den ursprünglichen Kandidaten Altjohann zurück, aber nur um ihn durch Walter Derbofen zu ersetzen, ein Parteimitglied aus Derschlag. Diese eher marginale Entscheidung verdeutlicht, dass sich die rechtskonservativen Stadtverordneten im Sommer 1933 immer noch als Bündnispartner der NSDAP fühlten, während die Nationalsozialisten bereits ihre eigenen Interessen auf allen Ebenen durchsetzten. Im Gegensatz zu den linken Parteien und dem Zentrum wurden allerdings wegen der durchaus vorhandenen inhaltlichen Übereinstimmungen die Deutschnationalen mit »Samthandschuhen« behandelt.

Die in die Arbeitslosigkeit entlassenen städtischen Bediensteten waren denn auch in der Regel Sozialdemokraten bzw. sie wurden der SPD zugerechnet. Wie die Verhaftungen von Politikern und Gewerkschaftern vollzogen sich auch die Amtsenthebungen in aller Öffentlichkeit; die Zeitungen berichteten darüber. Man wollte so eigene Stärke demonstrieren und Zeichen der Abschreckung gegenüber möglichen Protesten und Widerstandshandlungen setzen. Gleichzeitig signalisierte man, dass man ohne die Zustimmung der NSDAP keine Karriere machen konnte.

Die Taktik der Gewerkschaftsführer, auf Proteste zu verzichten, um so einem Verbot zu entgehen, endete in einem völligen Fiasko. Nachdem führende soziale Gewerkschaftler versucht hatten, ihre durch krisenbedingte Mitgliederverluste geschwächten Organisationen in den neuen Staat zu retten und dabei vielfach die Grenze zur inhaltlichen Selbstverleugnung überschritten hatten, erfolgte ihr Verbot einen Tag nach den großen Feierlichkeiten am 1. Mai 1933, der erstmals als offizieller Feiertag begangen wurde. Zuvor hatten sie sich aber an den großen Umzügen zum »Tag der nationalen Arbeit« freiwillig beteiligt, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits viele Sozialdemokraten, die auch führende Positionen in freien Gewerkschaften eingenommen hatten, verfolgt wurden und die – allerdings relativ unbedeutenden – kommunistischen Gewerkschaften schon verboten worden waren. Der ADGB-Vorsitzende Leipart distanzierte sich in einem Brief an Hitler sogar von der SPD und wollte die Tätigkeiten der Gewerkschaften nur auf soziale Aufgaben beschränken.

Nachdem die Gewerkschaftsmitglieder mit den Nationalsozialisten am 1. Mai 1933 durch die Straßen aller größeren und kleineren Orte marschiert waren und Hitler als Beweis für das Ende des »Klassenkampfes« und den Beginn einer allumfassenden »Volksgemeinschaft« gedient hatten, schalteten die unter der organisatorischen Führung von Robert Ley stehenden Hilfspolizisten aus SA und SS am folgenden Tag die Freien Gewerkschaften als potentiellen Machtfaktor aus. Ohne Rechtsgrundlage besetzten sie die gewerkschaftlichen Einrichtungen, beschlagnahmten das Vermögen und nahmen Gewerkschaftsfunktionäre zumindest vorübergehend

in »Schutzhaft«. Diese generalstabsmäßig durchgeführten Aktionen erfassten natürlich auch die Gummersbacher bzw. Oberbergischen Gewerkschaften. Auch sie mussten Kassen, Bücher, Korrespondenzen abliefern – falls sie nicht schon vorher vernichtet worden waren. Gewerkschaftsfunktionäre wie der bekannte Geschäftsführer der Steinbrucharbeitergewerkschaft, Stefan Lenz, der auch zu den Begründern der SPD in Gummersbach gezählt hatte, nahm man vorübergehend in »Schutzhaft«.

Diese Verfolgungsmaßnahmen waren ebenso zentral von oben angeordnet wie die Umzüge vom Vortag, die bisher unbekannte Ausmaße angenommen hatten. An ihnen nahmen nicht nur Belegschaften und Fabrikanten teil, sondern auch die Schüler sowie alle wichtigen Berufszweige, die sogar mit eigenen Festwagen durch die Straßen zogen. Allein im Gummersbacher Zentrum beteiligten sich 7.000 bis 8.000 Menschen an dem Umzug, der fast eine Stunde dauerte. Die organisatorische Zerschlagung der Gewerkschaften am nächsten Tag ging beinahe noch im Hochgefühl dieser Feierlichkeiten unter; sie rief auf jeden Fall in Gummersbach keine registrierten Proteste hervor. Damit waren von den Parteien und den Verbänden diejenigen ausgeschaltet, die eventuell wirksam Widerstand hätten leisten können.

Andere Organisationen wie die Bauernverbände wurden in den nächsten Monaten im nationalsozialistischen Sinne »gleichgeschaltet«. Überall wurde die interne Mitbestimmung aufgehoben und stattdessen das Führerprinzip eingeführt. Auf die oberbergischen Kleinbauern, die ja durchaus in ihrer großen Mehrheit für die NSDAP votiert hatten, musste allerdings

massiver Druck ausgeübt werden, damit sie sich dem neu geschaffenen Reichsnährstand im Herbst anschlossen. Ohnehin stießen die rigorosen Gleichschaltungsaktionen im Jahr nach der Machtübernahme, die bis ins Vereinswesen hineinreichten, vielfach auf wenig Gegenliebe, aber man fügte sich ohne nennenswerte Gegenwehr. Mitmachen oder Verbot und Ausgrenzung schienen die Alternativen zu sein. Denn die Androhung von Gewalt blieb hinter aller Beschwörung der Volksgemeinschaft immer sichtbar.

Zwar wurden im Verlaufe des April und des Mai 1933 die meisten Schutzhäftlinge nach einigen Wochen Haft entlassen;³³ doch blieb die Drohung weiter bestehen: So wurden z. B. am 12. April sechs Gummersbacher in den Gefängnissen Siegburg und Gummersbach inhaftiert. Die Begründung ist leider nicht überliefert; es dürfte sich aber um eine erneute Einschüchterungsaktion gehandelt haben, denn an langfristigen Haftzeiten war auch die Kreisleitung nicht interessiert, wobei auch das Kostenargument – die Haftkosten wurden den Gemeinden in Rechnung gestellt – möglicherweise eine Rolle gespielt hat. Ende Mai befanden sich nach den Angaben des Landrates im gesamten Oberbergischen Kreis »nur noch« drei Personen in Schutzhaft. Voraussetzung für die Entlassung war eine schriftliche Versicherung der Verfolgten, sich nicht politisch zu betätigen und keine Informationen über ihre Schutzhaftzeit weiterzugeben.

Allerdings war mit der Rückkehr aus der Haft für die politisch Verfolgten keineswegs eine »Normalisierung« ihrer persönlichen Situation verbunden. Den

Wiedergutmachungsakten nach dem Kriegsende ist zu entnehmen, dass sie im Regelfall ihren Arbeitsplatz verloren und es ca. drei Jahre dauerte, bis sie wieder eine andere Arbeitsstelle fanden, zumeist niedriger bezahlt.³⁴ So hatte z. B. der Führer der Gummersbacher SPD, Fritz Nohl nach der Entlassung aus seiner dreiwöchigen Schutzhaft im April 1933 gut drei Jahre zu warten, bis er wieder dauerhaft beschäftigt wurde. Dabei hatte er noch das Glück, dass er zumindest zeitweise im Baugeschäft seines Bruders August aushelfen konnte.³⁵ Die permanente Angst vor weiteren Inhaftierungen beeinträchtigte darüber hinaus die Gesundheit Nohls. Den anderen ehemaligen Schutzhaftgefangenen dürfte es nicht anders gegangen sein. Zudem mieden viele Gummersbacher den Kontakt mit den Verfolgten.

Beginn der Verfolgung der jüdischen Mitbürger

Neben den politischen Gegnern und Konkurrenten hatten schon in der Phase der Machtübernahme besonders die jüdischen Bürger unter Verfolgung und Ausgrenzung zu leiden.³⁶ Nach der menschenverachtenden nationalsozialistischen Rassenlehre waren sie Feinde des deutschen Volkes. Dabei spielte es nach den Rasse-Kriterien keine Rolle, ob jemand wirklich der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte, um als Jude klassifiziert zu werden. Eventuelle Taufen wurden ignoriert. Andererseits fand man keine genauen biologischen Tatbestände, um eine Klassifikation vorzunehmen, und zog doch wieder die Religionsgemeinschaft, der man nach der Geburt angehörte, heran. Personen, die einer gemischten Ehe zwischen einem jüdischen und einem christlichen Partner entstammten, galten als »Halbjuden«,

selbst wenn sie ausschließlich christlich erzogen worden waren.

Gummersbach hatte traditionell nur wenige jüdische Bürger/innen; nur acht Personen jüdischen Glaubens wies die Statistik im Jahre 1933 aus. Auch in den vorhergehenden Jahrhunderten existierte am Ort keine jüdische Gemeinde, so dass z. B. eine Synagoge fehlte. Trotz ihrer geringen Zahl blieben die Gummersbacher Juden von den Verfolgungsmaßnahmen des so genannten Dritten Reichs wie in den anderen Städten und Gemeinden nicht verschont. Neben der Ausschaltung der politischen Gegner liefen gleichzeitig die ersten antijüdischen Aktionen an. Besonders spektakulär war der am 1. April 1933 beginnende Boykott-Aufruf gegen jüdische Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte usw. Wie in den anderen deutschen Städten bezogen SA und SS auch in Gummersbach mit Plakaten vor jüdischen Geschäften Stellung. Das regionale NSDAP-Parteiblatt »Oberbergischer Bote« berichtete am 3.4.1933:

»Der im Rahmen der Abwehrmaßnahmen gegen das jüdische Weltverbrechen ... von der Reichsleitung der NSDAP für das ganze Reichsgebiet am Samstag angeordnete Boykott jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Aerzte und Rechtsanwälte vollzog sich in Gummersbach planmäßig und in mustergültiger Form. Ein größeres Aufgebot von SS und SA, das sich am Deutschen Haus gesammelt hatte, zog in vorbildlicher Ordnung unter Mitführung einer Reihe von Plakaten in die Hindenburgstraße, um hier Schlag 10.00 Uhr die Verteilung der Abwehrposten und ihrer Plakate auf die von der örtlichen Boykottaktion Betroffenen zu beginnen. SA bzw. SS-Kameraden nahmen

Aufstellung am Eingang folgender Geschäfte: Ehape, Schuhhaus für Alle, Volksbekleidungshaus Kiewe u. Co., Gummersbacher Bekleidungshaus, Inhaber S. Glaß, S. Löwenstein, Zentraltheater und schließlich bei Dr. med. Simons. ... Die an den Geschäfts-

Worauf es ankommt?

hier sehen Sie's! Ich habe Alles ausprobiert, und kann versichern: Es gibt nichts Besseres!

Unsere Preise:

Mäntel und Paletots
28,- 35,- 48,- 55,-
70,- 85,- bis 125,-

Anzüge
25,- 33,- 45,- 60,-
85,- bis 125,-

Für Knaben u. Jünglinge
entsprechend billiger!!

Riesenauswahl in Hosen,
Windjacken, Pullover, Leder-
u. Lodenkleidung, Hausjoppen
und Skianzüge, Hüten, Ober-
hemden, Krawatten usw.

Sonntag bis abends geöffnet!

Unser Wahlspruch:
Das Beste an
Qualität ist uns für
unsere Kunden
gerade gut genug

Löwenstein Gummersbach
Größtes Spezialhaus

Abb. 5: Werbeanzeige des Textilhauses von Siegfried Löwenstein in der »Volkszeitung für Rheinland und Westfalen« vom 13. Dezember 1933 (Foto: Stadtarchiv GM). Das vor 1933 beliebte Geschäft war auch Ziel des NSDAP-Boykotts am 1. April 1933.

eingängen niedergestellten Plakate zeigten u. a. die Aufschrift: »Deutsche, kauft bei Deutschen!«, »Wir warnen Euch, die Käufer werden photographiert«, »Wer bei Juden kauft, übt Verrat am deutschen Volk« oder »Meidet jüdische Aerzte«... Dem Marsche der Kämpfer der nationalen Revolution durch die Straßen der Stadt wohnte eine große Menschenmenge bei, die sich, von den Abwehrmaßnahmen gegen den jüdischen Boykott und Greuelhetze sichtlich befriedigt, nach und nach verließ.«³⁷

Bei der Parteilichkeit des Blattes kann man in der Rückschau nur schwer beurteilen, ob die Menschen eher aus Neugierde oder – wie im Artikel der Eindruck erweckt wird – zur Unterstützung der Aktion zusammengekommen waren. Zwar wurde der ursprünglich länger geplante Boykott nach einigen Tagen abgebrochen, doch er zeigte Langzeitwirkung. So konnte der Textilhändler Löwenstein auf die Dauer sein Geschäft nicht mehr rentabel betreiben; er versuchte, sich noch einige Jahre durch ein Wandergewerbe zu ernähren, doch schließlich verließ er Gummersbach, in der Hoffnung in der Großstadt Köln eher eine Existenzgrundlage zu finden.

Im ersten Jahr nach der Machtergreifung hatten am meisten die katholischen Brüder Johann und Karl Heinrich, die nach den Rassenkriterien der Nazis als Halbjuden galten, zu leiden. Sie wurden aus fadenscheinigen Gründen ins Konzentrationslager gebracht und anschließend für einige Monate nach ihrer Verurteilung ins Gefängnis überführt. Ihr Kino mussten sie abgeben. Die Parteipresse hatte sie zudem denunziert. Der Oberbergische Bote schrieb z. B.: »Die Judenbastarde Heinrich vor der Kölner

4. *Grossen Strafkammer... Nicht der Glaube, sondern die Abstammung ist entscheidend dafür, wer Jude ist oder nicht.*«³⁸

Der Antisemitismus war aber nicht nur eine von oben verordnete Ideologie, sondern wohl auch bei nicht wenigen Bürgern verbreitete Überzeugung. So bedurfte es keiner Parteianweisung, den Textilhändler Siegfried Löwenstein aus rassistischen Gründen aus dem Gummersbacher Schützenverein auszuschließen. Vielmehr ging die Initiative von dem angesehenen Fotografen Dürr aus, der gegenüber dem Vorstand seinen Vereinsaustritt erklärte, »da es mir als Nationalsozialist unmöglich ist, mit Juden zusammen in einem Verein zu sein.«³⁹ Statt dies hinzunehmen, legte der Vorstand es Siegfried Löwenstein nahe, den Verein zu verlassen. Da Löwenstein daraufhin nicht reagierte, wurde er vom Vorstand eigenmächtig ausgeschlossen: Wir sehen »uns gezwungen, Ihren Ausschluß auf Grund des Arier-Paragraphen hiermit auszusprechen und empfehlen Ihnen in Ihrem eigenen Interesse von dem Besuch unserer Festveranstaltungen in der Stadthalle abzusehen.«⁴⁰

Der Vorstand verstieß damit im Übrigen gegen die Vereinssatzung, denn der »Arierparagraph« wurde erst am 25. November 1933 von der Mitgliederversammlung in folgender Form beschlossen: »Bei der Aufnahme neuer Mitglieder wurde einstimmig beschlossen, in Zukunft den Arierparagraphen anzuwenden. Mitglied kann nur werden, wer arischer Abstammung ist. Juden und Nichtariern ist die Mitgliedschaft untersagt.«⁴¹ Es ist das Verdienst von Henner Luyken, dass er – nachdem die als verloren geglaubten Unterlagen des Gummersbacher Schützen-

vereins im Jahre 2003 wieder aufgetaucht waren – die zuvor verbreitete Darstellung, nach der sich der Vereinsvorsitzende Franz Heuser auf die Seite Löwensteins gestellt habe, korrigierte und darüber hinaus das Verhältnis zwischen dem Schützenverein und den neuen Machthabern beleuchtete.⁴⁰ Die relativ geräuschlose Eingliederung des Vereins in das nationalsozialistische Herrschaftssystem ist nur ein anschauliches Beispiel für die Machtübernahme im Einzelnen. Wie beim Ausschluss von Siegfried Löwenstein bedurfte es nicht einmal einer Anweisung oder eines Befehls von oben; es war durchaus ein Prozess der »Selbstgleichschaltung« zu registrieren.⁴³

Bis Ende 1934 war die Gleichschaltung auf allen Ebenen vollzogen, das Führerprinzip dominierte auf Reichsebene genauso wie im Vereinswesen; demo-



Abb. 6: Alle Bevölkerungsgruppen waren einer permanenten Propaganda ausgesetzt, hier: Die Schuljugend ist auf dem alten Schützenplatz in Gummersbach versammelt worden, um am 1. Mai 1934 die Radiorede Adolf Hitlers anzuhören (Foto: Heimatbildarchiv des OBK).

kratische Prinzipien waren abgeschafft. In einem Rückblick aus dem Jahre 1939 verkündete die Kreisleitung der NSDAP denn auch stolz: »Schon 1933 wurde der Parteienstaat zu Grabe getragen. Der vom Nationalsozialismus vertretene Führergedanke war zur Wirklichkeit geworden.«⁴⁴

Vorbehalte einer Minderheit: Widerständisches und kritisches Verhalten in der Zeit nach der Machtübernahme

Wie reagierte nun die städtische Bevölkerung, nachdem sich die NSDAP in allen Bereichen etabliert hatte? Da im April 1945 fast alle Parteiunterlagen und die meisten Akten der städtischen Verwaltungen aus der Zeit nach 1933 verbrannt worden waren, fällt eine Antwort nicht leicht. Indizien waren die »Wahlen« im November 1933 und im August 1934. Bis zur Reichstagswahl vom 12. November 1933 waren alle politischen Gegner des nationalsozialistischen Systems ausgeschaltet bzw. in die Illegalität gedrängt worden; zugelassen war nur eine nationalsozialistisch dominierte Einheitsliste, auf der einige als »Gäste« bezeichnete Parteilose kandidierten, die vor der Machtübernahme der DNVP, DVP oder dem Zentrum angehört hatten. Zugleich mit der Volksabstimmung fand eine Abstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund statt.

Formal lief die Wahl im Wesentlichen korrekt ab, und das Wahlgeheimnis blieb offiziell gewahrt. Auf der lokalen Ebene sah dies häufig anders aus; vor und in den Gummersbacher Wahllokalen waren Hitlerbilder oder Hakenkreuzfahnen aufgehängt. Die SA durfte die Wahllisten einsehen und organisierte



Abb. 7: Das »Wahl«-Lokal Hotel Winter in der Marktstraße: Gummersbacher Bürger/innen mussten an der »Volksbefragung« am 12. November 1933 teilnehmen (Foto: Heimatbildarchiv des OBK).

einen »Wahlschleppdienst«, der Wähler an die Urnen holte. Schon während des »Wahlkampfes« hatte die in Gummersbach ansässige Kreisleitung einen Tag vor der Wahl einen Aufmarsch in der Stadt für die gesamte Einwohnerschaft organisiert und auf dem Schützenplatz hörten tausende Wahlberechtigte die Rede Hindenburgs, in der er die Bevölkerung zur Zustimmung aufrief.⁴⁵ Die technischen Möglichkeiten waren inzwischen so weit entwickelt, dass die Rundfunkansprachen über Lautsprecher selbst auf relativ große Plätze übertragen werden konnten.

Aber auch wo kein Druck auf die Wähler ausgeübt wurde, hatten diese vielfach kein Vertrauen in das Wahlgeheimnis. Viele waren eingeschüchtert oder sahen keine Alternative zu einem zustimmenden Votum. Doch war es bei dieser Abstimmung insgesamt noch ohne größeres Risiko möglich, mit *nein* zu stimmen, eine ungültige Stimme abzugeben oder der Wahl fernzubleiben. Hans-Ulrich Wehler geht sogar davon aus, dass wegen des Fehlens einer systematischen Wahlbeeinflussung die Ergebnisse tatsächlich im Kern die Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung zum Regime widerspiegeln.⁴⁶ Die Wahlbeteiligung war mit 95,2 % sehr hoch. Die Volksabstimmung erbrachte auf Reichsebene eine Zustimmung von 95,1 % für den Austritt aus dem Völkerbund. Dies entsprach 89,9 % der Wahlberechtigten. Etwas niedriger war mit 92,1 % das Ergebnis für die Einheitsliste. Allerdings stimmten in einzelnen Großstädten wie Berlin, Hamburg oder Lübeck nur gut dreiviertel der Wähler für die Einheitsliste.

Gummersbach lag mit 90,1 % Zustimmung zwar zwei Prozent unter dem Reichsdurchschnitt, doch kann deshalb nicht von einer ausgesprochenen Ablehnung durch größere Bevölkerungsgruppen in der Stadt gesprochen werden.⁴⁷ Allerdings muss zwischen den einzelnen Stimmbezirken differenziert werden. Während sich in den meisten Stimmbezirken die Zustimmung um die 90 Prozent bewegte – in der Innenstadt erzielte die Partei mit 93,1 % das für sie beste Ergebnis –, gaben im Stimmbezirk Becke »nur« 80,3 % der Wähler ihre Stimme der NSDAP; entsprechend waren 19,7 % der Stimmen ungültig. Auch in den benachbarten Bezirken Bernberg und Dümmlinghausen erhielt die Partei unterdurch-

schnittliche 85,5 bzw. 85,7 %. In diesen Wohnorten lebten viele Steinbrucharbeiter, die vor 1933 der KPD oder SPD ihre Stimme gegeben hatten und weiterhin ihre Ablehnung des neuen Regimes zumindest durch ungültige Stimmen ausdrücken wollten. Ähnliche Ergebnisse sind auch für die Arbeiterviertel von Großstädten wie Berlin und Hamburg typisch. Hier lag die Zahl der ungültigen Stimmen noch über 20 Prozent.

Besonderen Mut erforderte es wohl, gar nicht an der Wahl teilzunehmen. Hier sind keine Zahlen für die jeweiligen Stimmbezirke überliefert. Im gesamten oberbergischen Kreis lag die Zahl der Wahlberechtigten, die der Wahl fernblieben, bei ca. 4 %; eine genauere Auflistung nach Kommunen bzw. Wahlbezirken ist nicht überliefert. Bei allem Jubel des Oberbergischen Boten über den »grandiosen« Sieg, den das NS-Organ als »Treuegelöbnis« für Hitler und seine Regierung interpretierte, polemisierte man gleichzeitig gegen diejenigen, die nicht zur Wahl erschienen waren. Drohend hieß es in dem Parteiblatt: *»4882 stellten sich offenbar bewußt außerhalb dieses geeinten Volkes. Sie sind zu ihrem größten Teil es nicht wert, Deutsche genannt zu werden«.*⁴⁸ Die Beschwörung der »Einheit des Volkes« und die gleichzeitige Ausgrenzung von Andersdenkenden blieben auch in der Zukunft wichtige psychologische Methoden, politischen und sozialen Druck zu erzeugen. Das Ergebnis war, dass man schon einige Monate nach der Machtübernahme zwischen Begeisterung aus Überzeugung oder Anpassung kaum noch unterscheiden konnte. Angesichts der vielen Umzüge – sei es zum 1. Mai, zum Erntedankfest usw. – entstand zumindest nach außen der Eindruck einer

relativ geschlossenen »Volksgemeinschaft«. Nimmt man noch die Terrormaßnahmen in Form von Verhaftungen, Einweisungen ins Konzentrationslager usw. hinzu, war der Spielraum für Widerstandsmaßnahmen gegen das neue Regime sehr begrenzt. So hielten sich auch die im Frühjahr 1933 zeitweise verhafteten SPD- und KPD-Mitglieder mit Aktionen völlig zurück.

Umso mehr ist das Bemühen des ehemaligen Gummersbacher Beigeordneten und Vorsitzenden der Konsumgenossenschaft, Wilhelm Heidbreder, um den Erhalt seiner »sozialistischen« Organisation zu werten. Der 1883 geborene Heidbreder hatte nicht nur wie die meisten führenden Sozialdemokraten einige Tage so genannter »Schutzhaft« zu erdulden, sondern er musste nach seiner willkürlichen Verhaftung sogar im Jahr 1935 monatelang in das Konzentrationslager Esterwege.⁴⁹ Bereits am 11. März 1933 durchsuchten Polizisten und NSDAP-Mitglieder die Zentrale der Konsumgenossenschaft, wobei sie 43 Patronen beschlagnahmten, die offensichtlich vorher dort von NSDAP-Mitgliedern deponiert worden waren, um die Genossenschaft zu diskreditieren.⁵⁰ Heidbreder wurde »wegen politischer Unzuverlässigkeit« und »staatsfeindlicher Einstellung« seines Amtes enthoben.⁵¹ Dies folgte dem üblichen Muster von Gleichschaltung und Mundtotmachen politischer Gegner nach der NS-Machtübernahme.

Ungewöhnlich ist es aber, dass sich Heidbreder gegen seine fristlose Entlassung wehrte und sogar vor dem Arbeitsgericht recht bekam. Als die Partei dennoch die Wiedereinstellung verweigerte, initiierte Heidbreder zusammen mit einigen Freunden auf



Abb. 8: Der Sozialdemokrat Wilhelm Heidbreder (1883 – 1956) war 1932/33 ehrenamtlicher Beigeordneter des Stadt Gummersbach (Foto: Stadtarchiv GM). 1935 musste er wegen seiner NS-Gegnerschaft eine sechsmonatige Gefängnis- und Konzentrationslagerhaft ertragen. Von 1948 bis 1952 war er der erste sozialdemokratische Bürgermeister Gummersbachs. Nach ihm ist heute eine Straße in der Innenstadt benannt.

Grundlage der Satzung eine Unterschriftensammlung unter den Mitgliedern. Es war sicherlich ein Akt von bemerkenswerter Zivilcourage, dass mehr als 400 Anteilseigner ihre Unterschrift leisteten und so eine Generalversammlung erzwangen. Es versammelten sich dann im Herbst 1934 sogar ca. 600 Per-

sonen, und der abgesetzte Heidbreder wurde von ihnen erneut zum Geschäftsführer gewählt. Als er seine Arbeit wieder aufnehmen wollte, wurde er vom Kreisleiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF) Schüler mit polizeilicher Unterstützung daran gehindert. Der Führer der DAF auf Reichsebene, der Oberberger Robert Ley, griff danach sogar persönlich ein. Auf seine Initiative hin wurden acht »Rädelsführer« verhaftet, drei von ihnen – darunter Heidbreder – wurden nach zwei Monaten Haft in Köln anschließend ins berüchtigte Konzentrationslager Esterwege gebracht. Der »Häftling 794«, unter dieser Nummer wurde er im KZ geführt, war derart harten Strapazen ausgesetzt, dass er u. a. einen doppelten Leistenbruch erlitt und in den letzten drei Wochen vor seiner Entlassung vom Lagerarzt »Stubendienst« verordnet bekam.⁵²

Der Rechtsberater der DAF war nicht in der Lage, konkrete Vorwürfe gegen Heidbreder zu erheben. Er erging sich deshalb in allgemeinen Behauptungen; so schrieb er in seiner Klageschrift u. a. bei Heidbreder »handelt es sich um einen alten Marxisten, der wegen seiner marxistischen Gesinnung, vor allem aber wegen seiner marxistischen Handlungsweise in der ganzen Umgebung von Gummersbach bekannt ist.«⁵³ Ein Verfahren wurde trotz verschiedener Anträge Heidbreders an die Staatsanwaltschaft in Köln nie eröffnet. In seiner Verzweiflung sandte er ein Gesuch an den Gummersbacher Bürgermeister Mackh, der Heidbreder aus seiner Zeit als städtischer technischer Beigeordneter vor 1933 gut kannte, mit der Bitte, sich für ihn einzusetzen. Der Bürgermeister antwortete lapidar mit dem Hinweis auf fehlende Zuständigkeit seinerseits.⁵⁴

Als Heidbreder nach sechsmonatiger Gefängnis- bzw. Konzentrationslagerhaft wieder nach Gummersbach zurückkehren konnte, war seine Gesundheit durch die harten Haft- und Arbeitsbedingungen dauerhaft geschädigt. In einem Attest des Gummersbacher Arztes Maelshagen vom 30. Juli 1945 hieß es: *»Im Jahre 1929 untersuchte ich Herrn Wilh[elm] Heidbreder zwecks Aufnahme in eine Pensionskasse und stellte fest, daß er vollkommen gesund war. Seit seiner Rückkehr aus dem Konzentrationslager im Jahre 1935 war der Obengenannte dauernd in meiner Behandlung wegen doppeltem Leistenbruch, Herzmuskelerkrankung, chron[ischer] Gelenkentzündung, besonders der Kniegelenke und chronischer Entzündungen der Leber und Gallenwege.«*⁵⁵ Zudem hatte sich seine Persönlichkeit verändert. So schrieb rückblickend der Kreisdirektor Lohmar, der mit Heidbreder befreundet und selbst von den Nazis nach 1933 als Lehrer aus politischen Gründen entlassen worden war: *»Heidbreder war durch die Erlebnisse seiner Verfolgung ein sehr verschlossener Mensch geworden. Dies hing wohl vorwiegend damit zusammen, dass ihm bei der Entlassung aus dem KZ ein absolutes Schweigeverbot ,mit den letzten Konsequenzen' auferlegt worden war. Aus dieser Verschlossenheit hat er sich auch nach dem Zusammenbruch innerlich nicht restlos wieder zu lösen vermocht.«*⁵⁶

Nach seiner Entlassung erfolgte der Absturz in die Armut, denn Heidbreder bekam bis Ende 1936 keine Arbeit. Erst im Januar 1937 konnte er als Bürohilfe bei der Oberbergischen Elektrizitätsgesellschaft arbeiten; sein Lohn war allerdings sehr bescheiden. Es kann vor dem Hintergrund seiner Verfolgungen nicht überraschen, dass Heidbreder in der

Öffentlichkeit keine kritischen Äußerungen über das Terrorregime machte; nur so konnte er überleben. Außer Heidbreder und seinen Unterstützern, die alte Errungenschaften aus der Weimarer Zeit und der sozialistischen Arbeiterbewegung verteidigen wollten, existierte 1933/34 im Raum Gummersbach/Bergneustadt noch eine kleine Gruppe, die aus der Illegalität heraus die neuen Herren politisch bekämpfte. Sie war wohl die größte Widerstandsgruppe im gesamten Oberbergischen Kreis und bestand aus mehr als zwanzig Personen, vorwiegend Arbeitern und ihren Ehefrauen, die vor 1933 zumeist der KPD angehört oder ihr nahegestanden hatten.⁵⁷ Im Sommer 1935 wurden sie verraten, als sie Flugblätter der KPD druckten und verteilten. Von den einundzwanzig festgenommenen Mitgliedern der Widerstandsgruppe waren nur drei – nämlich Albert Zweil, Ernst Butschalowski und Elfriede Reichmann – schon zuvor im März/April 1933 als kommunistische »Führer/innen« für einige Wochen in »Schutzhaft« genommen worden. Es waren also vor allem »normale« KPD-Mitglieder, die zu dieser Zeit der Propaganda des neuen Regimes entgegentreten suchten.

Allerdings konnte der bekannte Gummersbacher Kommunistenführer Fritz Hoffmann nicht mehr aktiv werden, da er sich seit seiner Festnahme 1933 in Haft befand. Die im August 1935 Verhafteten wurden im April 1936 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« vom Oberlandesgericht Hamm zu hohen Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafen verurteilt, die von sechs Monaten bis fünf Jahren reichten. Dies war sicherlich der spektakulärste Prozess gegen oberbergische Regimegegner. Darüber hinaus wurden in den folgenden Jahren auch einige Einzel-

personen, die offen ihre Kritik an der Regierung oder Partei geäußert hatten und von Zuhörern denunziert worden waren, für kurze Zeit – zumeist ein oder zwei Wochen – festgenommen. Eine »Verächtlichmachung der Reichsregierung« reichte z. B. aus, um zu einer Gefängnisstrafe verurteilt zu werden. Meist handelte es sich um spontane Unmutsäußerungen, die zwar sicherlich häufig einer tiefen Abneigung gegen das Regime entsprangen, jedoch nicht als gezielte Widerstandshandlungen gedacht waren. Gegen die Versicherung, abfällige Äußerungen gegen Partei und Staat zu unterlassen, verzichtete man deshalb besonders in den Jahren vor Kriegsbeginn teilweise auf Gerichtsverhandlungen und längerfristige Inhaftierungen. Zu diesem Zeitpunkt fühlten sich die NS-Herrscher – mit Recht – so sicher im Sattel, dass sie bei einzelnen Kritikern ihren Terrorapparat nicht in seiner vollen Schärfe einsetzten. Die Androhung blieb aber immer bestehen und konnte jederzeit in Handlungen umgesetzt werden. In diesem Punkt unterschied sich das Vorgehen der oberbergischen Polizei und der Verwaltungen nicht von dem im Reich üblichen Verfahren. Ohnehin verloren sich wohl mit zunehmender Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft spezielle, regionalspezifische Verhaltensweisen.

Der Beginn des Kirchenkampfes

Dennoch fallen, betrachtet man die Jahre zwischen 1933 und 1939 unter diesem Gesichtspunkt für Gummersbach und den Oberbergischen Kreis, bei aller Gleichschaltung »von oben«, vor allem in den ersten Jahren einige Besonderheiten auf. So wurde der so genannte »Kirchenkampf« hier z. B. intensiver aus-

getragen als in anderen Teilen Deutschlands. Viele protestantische Gläubige fühlten sich auch persönlich angesprochen und betroffen. Den Kirchenkampf in Gummersbach kann man nur im Kontext der gesamten Aggersynode angemessen darstellen und einordnen.

Nach den fast durchgehend positiven, sogar euphorischen Reaktionen der protestantischen Kirche auf die nationalistische Machtübernahme setzte bereits im Sommer 1933 eine erste Ernüchterung in Kreisen evangelischer Kirchengemeinden ein, die auch viele zuvor NS-begeisterte Gläubige erfasste.⁵⁸ Die »Glaubensgemeinschaft Deutscher Christen« (DC) – eine Art »NS-Fraktion« innerhalb der evangelischen Kirche – betrieb im Auftrag der Partei eine massive Propaganda zugunsten einer einheitlichen evangelischen Nationalkirche, die vom Führer der DC, Ludwig Müller, als Reichsbischof geleitet wurde. Formal war in der Aggersynode der politisch naive Dieringhausener Pfarrer Karl Müller Führer der Deutschen Christen; in Wirklichkeit übernahm jedoch Landrat Krummacher die Rolle des Wortführers und Propagandisten. Als Landesleiter der Deutschen Christen im Rheinland und Saargebiet zählte Krummacher darüber hinaus auch auf Reichsebene zu ihren einflussreicheren Vertretern. Der überzeugte Verfechter einer evangelischen, nationalsozialistisch ausgerichteten Reichskirche polemisierte scharf gegen die Pfarrer, die sich – wie der Gummersbacher Pfarrer und Superintendent von Oettingen – energisch gegen eine »Gleichschaltung« der Kirche verwahrten. Der Landrat wollte hingegen die Strukturen nachhaltig verändern und vor allem die kirchlichen Selbstverwaltungskörperschaften abschaffen. Die

gerade im oberbergischen Protestantismus tief verankerte presbyterial-synodale Gemeindeordnung stellte in seinen Augen »ein Relikt aus den Tagen des alten demokratischen Systems dar«, das dem kirchlichen Einheitsgedanken im Wege stand.⁵⁹

Die Stellung des Landrates vor Ort wie auch die Rücksichtnahme auf die starke NS-Anhängerschaft in der protestantischen Bevölkerung waren wohl ausschlaggebend dafür verantwortlich, dass die Pfarrer der Aggersynode – im Gegensatz zu anderen Gegenden z. B. in Westfalen – keine öffentliche Stellungnahme gegen die massiven staatlichen Eingriffe abgaben. Als Hitler den Auseinandersetzungen durch die Einberufung von Kirchenwahlen taktisch geschickt die Schärfe nahm, fand er bei allen kirchlich engagierten Protestanten in Preußen Zustimmung; die Zeit der einseitigen Eingriffe schien nur eine Episode gewesen zu sein. Durch die Intervention Hitlers, der sich eindeutig für die Deutschen Christen aussprach, erfuhr die von ihm unterstützte bisherige Minderheitsgruppierung eine starke Aufwertung. Auch in den oberbergischen Kirchengemeinden gewannen sie die Wahlen am 23. Juli 1933. Allerdings kandidierten ihre Mitglieder häufig zusammen mit anderen auf einer Einheitsliste, so dass eindeutige Gewichtungen nicht immer erkennbar waren. Die starken Akzentverschiebungen lassen sich aber dem kurzen Rückblick entnehmen, den der Superintendent Herbert von Oettingen zu Beginn der außerordentlichen Synode in Gummersbach-Dieringhausen am 8. August 1933 vortrug:

»Meine Herren Synodalen! Noch kein Vierteljahr ist verflossen, seit wir zur letzten Tagung in unserer

Synode zusammen waren. Wie viel hat sich in den wenigen Wochen ereignet, wie vieles haben unsere Herzen durchlebt und durchkämpft. ... In Wiehl (letzter Tagungsort, Anm.d. Verf.) suchten wir miteinander ein Verständnis dafür zu gewinnen, was die Glaubensgemeinschaft Deutscher Christen unserer Kirche zu sagen hat. Heute ist diese Bewegung selbst durch zahlreiche Mitglieder in unseren kirchlichen Körperschaften vertreten, ja sie beherrscht vielfach das Bild. Diese Umgestaltung ist nicht ohne ernste Kämpfe und allerlei Schmerzen vor sich gegangen. Es ist gut, dass die schweren und unglücklichen Zeiten hinter uns liegen und der Burgfrieden proklamiert wird.«⁶⁰

Diese Zustandsbeschreibung des Superintendenten sollte aber nur kurze Zeit Bestand haben. Im Herbst 1933 brachen Konflikte aus, die noch prinzipieller die Grundlagen des Protestantismus berührten und den Zusammenhalt der Gemeinden gefährdeten; der eigentliche »Kirchenkampf« begann. Waren die meisten oberbergischen Protestanten bisher trotz der illegalen staatlichen Eingriffe in die kirchliche Organisation von einem grundsätzlichen inhaltlichen Gleichklang mit der Partei in religiösen Fragen ausgegangen – hierfür stand der Begriff »positives Christentum« –, wurde nun durch vermehrte Äußerungen einer Gruppe führender Nationalsozialisten um Rosenberg und von Reventlow diese Basis grundsätzlich in Frage gestellt. Ihre Vorstellungen einer »Deutschreligion« vermischten religiöse und völkisch-rassistische Elemente und relativierten damit die Bibel als primären Glaubenstext. Obwohl sie innerhalb der Partei nur Vertreter einer Minderheit waren, konnten sie ihre Thesen ungestört in Zeitschriften und Reden verbreiten. Als am Tag nach den sogenannten

»Reichstagswahlen« am 13. November 1933 der Berliner Gauobmann der Deutschen Christen, Krause, im Berliner Sportpalast die »Befreiung« vom jüdischen Alten Testament und eine Reinigung des neuen Testaments forderte, schrillten in den Kirchenkreisen endgültig die Alarmglocken. Obwohl Krause noch in derselben Woche seiner Ämter enthoben wurde, konnte mit diesem Schritt keine Beruhigung erreicht werden. Die Deutschen Christen wurden von nun an mit der Deutschreligion eines von Reventlow gleichgesetzt; auch im Oberbergischen sah man die Fundamente des Glaubens ernsthaft bedroht.

Die nur sehr unverbindlichen Kommentare im »Oberbergischen Boten«, der die Auseinandersetzungen als unwesentliche innerkirchliche Richtungsstreitigkeiten charakterisierte, riefen gerade unter der Pfarrerschaft eine starke Enttäuschung hervor. Man bekam erstmals seit der Machtergreifung Bedenken, ob die NSDAP wohl wirklich die Rolle der Verteidigerin des Christentums, die man ihr sehr naiv zugewiesen hatte, wahrnehmen wolle. Als auch noch die Feiern zu Luthers 450. Geburtstag im selben Monat durch Umzüge der Hitlerjugend stark gestört wurden und deshalb z.B. Gottesdienste unter freiem Himmel in Gummersbach und Hülsenbusch ausfallen mussten, protestierte der Superintendent von Oettingen schriftlich beim Landrat. Krummacher tadelte in einem Brief an die Kreisleitung zwar intern das Verhalten der HJ-Führer, doch kritisierte er vor allem das taktisch ungeschickte Vorgehen der Kreisleitung, die – fast provokativ – während der Lutherfeiern eine Amtswaltertagung einberufen hatte. Angesichts des hohen Stellenwertes des evangelischen Bekenntnisses im Kreis warf er Kreisleiter

Marrenbach »eine Ungeschicklichkeit gegenüber der Volkspsyche« vor.⁶¹

Diese Vorwürfe blieben aber wirkungslos, tonangebende Kräfte der oberbergischen NSDAP – darunter der Kreisleiter Fritz Marrenbach – fühlten sich offenbar so fest im Sattel, dass sie nicht nur auf jegliche Rücksichtnahme auf die Kirche verzichteten, sondern darüber hinaus in diesen Monaten einen offen kirchenfeindlichen Kurs steuerten. Dazu empfanden viele protestantische Eltern die Eingliederung des CVJM in die Hitlerjugend durch den Reichsbischof Müller am 20. Dezember 1933 als Angriff auf ihre christliche Erziehung. Als der »Oberbergische Bote« in seiner Weihnachtsausgabe die christliche Tradition des Festes verschwieg und der Gauleiter Grohe einige Tage später in seinem Kommentar zur Jahreswende eine Abkehr von der konfessionellen Erziehung der Jugend forderte, trafen sich die oberbergischen Pfarrer zu einer Sondersitzung am 2. Januar 1934 in Dieringhausen. Einstimmig verfasste man eine Resolution, die sich u. a. an den Reichsbischof Müller und den Innenminister Frick richtete. Heinz-Wilhelm Brandenburger sieht in dem Beschluss »das Signal für den oberbergischen »Kirchenkampf«.⁶² Im Auftrag der versammelten Pfarrer schrieb der Superintendent:

»Mit ernster Besorgnis stellten wir fest, dass weithin führende Stellen in Reden und Presseveröffentlichungen eine ablehnende Haltung zu jeder bewusst christlichen Arbeit einnehmen. Es wird damit den Kirchen grundsätzlich der Lebensraum genommen, der ihnen in der Potsdamer Erklärung des Reichskanzlers ausdrücklich zugesagt ist. Dabei tritt

zutage das Bestreben weiterer Kreise, die Einheit innerhalb unseres Volkes durch ein Zurückdrängen des christlichen Glaubens und durch Herausstellen einer allgemeinen deutsch-völkischen Religion herbeizuführen. Der zwischen dem Reichsbischof und dem Reichsjugendführer abgeschlossene Vertrag über die Eingliederung der evangelischen Jugend in die Hitler-Jugend bietet uns nicht die Gewähr für die vom Führer geforderte positiv christliche Erziehung unserer Jugend. Wir fordern eine Regelung, die eine deutsch-völkische Gottlosenpropaganda unter unserer Jugend ausschließt und unserer Kirche die Möglichkeit gibt, ihren Auftrag an der evangelischen Jugend auszuführen.«⁶³

Bereits einen Tag zuvor hatte sich von Oettingen mit einem drohenden Unterton an den Landrat gewandt und eine Änderung der kirchenfeindlichen Berichterstattung des »Oberbergischen Boten« gefordert. Er konstatierte unverblümt, »daß das Kapital des Vertrauens, das der Nationalsozialismus in unseren Bergen hat, sichtlich dahinschwindet, wenn ein amtliches Organ in dieser Richtung weiter arbeitet. ... Unsere evangelische Bevölkerung lässt sich das auf die Dauer nicht gefallen.«⁶⁴ Die offene Kritik der Pfarrer – von der allerdings Hitler ausgenommen wurde – hatte primär theologische Motive; man sah den Glauben und seine Verbreitung in seinen Grundfesten gefährdet. Der nun einsetzende weitgehende Verzicht auf diplomatische Formeln war wohl auch ein Zeichen der Enttäuschung, ja Verbitterung vieler ursprünglich deutschnational orientierter Pfarrer, die sich als Bündnispartner von den Nationalsozialisten missbraucht fühlten. Auch wenn sich die Opposition auf den innerkirchlichen Bereich beschränkte und

keine politischen Ziele verfolgte, waren nun viele Pfarrer der Aggersynode entschlossen, den Konflikt in Glaubensfragen mit kirchenfeindlichen Nationalsozialisten zu wagen. So versammelten sich am 22. April 1934 in Marienberghausen die Anhänger der Bekennenden Kirche, was Krummacher als Affront verstand.

Der Pfarrer der Gemeinde Barmen-Gemarke, Karl Immer, nahm schließlich der Konfrontation durch eine diplomatische Formulierung die Schärfe. Der trotz aller Drohgebärden unsichere Landrat verzichtete auf Festnahmen und erlaubte sogar offiziell die Versammlung. Ende Mai 1934 traf sich in Wuppertal-Barmen die erste Bekenntnissynode, die eindeutig gegen die bestehenden bekenntniswidrigen – weil eingesetzten – kirchlichen Organe Stellung bezog und nach dem kirchlichen Notrecht eigene Führungsstellen etablierte. Für die rheinische Kirchenprovinz standen sich nun zwei kirchliche Führungsorgane gegenüber, nämlich das deutschchristliche Kirchenregiment in Koblenz und die Leitung der Bekennenden Kirche, der sogenannte Bruderrat. Superintendent Herbert von Oettingen stellte sich an die Spitze der Bekenntnisfront und fand nun scharfe Worte gegen die Deutschen Christen, denen er einen »Irrweg« und die Verbreitung einer »Irrlehre« vorwarf; jeder evangelische Christ müsse sich zwischen »Bischofskirche« und »Bekenntniskirche«, die allein die rechtsgültige Ordnung verteidige, entscheiden.⁶⁵

Von Oettingen wurde von seinem Amt als Superintendent durch den stellvertretenden Landesbischof Forsthoff beurlaubt; Krummacher hatte wahrscheinlich erfolgreich interveniert. Doch die Verbotsstra-

tegie des Landrates rief nur Gegenreaktionen hervor. Zwar ließ sich der Derschlager Pfarrer von Lünen willig von ihm einspannen, indem er an die Stelle von Oettingens trat, doch auch die bekenntnistreuen Christen handelten unverzüglich. Unter Führung von Pastor Kirchhoff bildete sich vor allem aus Mitgliedern der Gemeinden des Südkreises eine Gemeinschaft. Damit war die Spaltung nicht nur auf der Ebene der Landeskirche, sondern direkt in der Aggersynode selbst sicht- und greifbar. Bereits in seinem Bericht vom 24. August 1934 an den Regierungspräsidenten schreibt der Landrat »von einigen tausend Anhängern« der sogenannten Bekenntnisgemeinde.⁶⁶ Allerdings traten nur zwölf von einunddreißig oberbergischen Kirchengemeinden geschlossen der Bekenntnisfront bei. Insbesondere die Pfarrer der lutherischen Gemeinden nördlich der Agger, die kaum von der Erweckungsbewegung beeinflusst waren, verfolgten einen eher zurückhaltenden Kurs. Mit Ausnahme des Superintendenten von Oettingen in Gummersbach und des Lieberhäuser Pfarrers Stüber wurde von ihnen in diesen Jahren keiner Mitglied der Bekennenden Kirche.

Im Herbst 1934 steckten die Nationalsozialisten etwas zurück: Die Provinzialsynode im Rheinland wurde wieder eingesetzt. Auch im Oberbergischen signalisierte man eine gewisse Kompromissbereitschaft, indem der amtsenthobene von Oettingen ab dem 13. Dezember 1934 wieder in seine Funktion als Superintendent zurückkehren durfte. Hiermit trat eine vorübergehende Entspannung der Konfrontation ein. Ende Dezember 1934 berichtete Krummacher an die Staatspolizei in Köln: »Durch die Wiederherstellung der evangelischen Landeskirche altpreußischer

Union und damit der Legalität ist eine gewisse Beruhigung eingetreten und es scheint so, als ob zahlreiche Pfarrer der kirchenpolitischen Opposition zur Besinnung kommen und beginnen, sich einzuordnen, zumal der wiedereingesetzte Superintendent von Oettingen sich wenigstens zunächst in die kirchliche Ordnung eingefügt hat.«⁶⁷ Doch wäre es sicher irreführend, von einem gütlichen Umgang in den nächsten Jahren zu sprechen. Die Bekenntnisfront wurde weiter bespitzt, wobei sich auch ungefragt immer wieder Denunzianten fanden; selbst in geschlossenen Gemeindeveranstaltungen war man davor nicht geschützt. Die Veröffentlichungen wurden kontrolliert und die notwendigen Kollekten, mit denen die bekennenden Gemeinden z. B. ihre Pfarrer besoldeten, durch Schikanen behindert.

In den nächsten Jahren hielt sich das Regime mit einer flächendeckenden Verfolgung der Bekennenden Kirche zurück, soweit diese sich auf den engeren kirchlichen Raum beschränkte. Andererseits hielten sich die Gemeindeglieder in der Regel mit kritischen Äußerungen zurück. Die Gummersbacher Kirchengemeinde war trotz des Engagements von Oettingens wohl mehrheitlich nicht auf seiner Seite; für viele Gemeindeglieder kritisierte der eigene Pfarrer die neuen Machthaber zu stark, wie sie auch der Bekennenden Kirche die Hauptschuld an einer möglichen Kirchenspaltung zuschrieben. Als Herbert von Oettingen im Juni 1935 aus Krankheitsgründen in den Ruhestand trat, beklagte er dies ausdrücklich in seiner Abschiedspredigt:

»Ich habe mit besonderem Schmerz in den letzten beiden Jahren daran getragen, daß der Weg, den ich

klar und deutlich als den allein gottgewollten, biblischen innerhalb unserer Kirche vor mir sah, von so vielen nicht verstanden wurde: daß die einen ihn ansahen als einen Weg der Reaktion gegenüber dem Staate, und die anderen als einen Weg der Zerreißung unserer Kirche, und nur wenige verstanden, daß ich diesen Weg um Gottes Willen gehen mußte. Ich habe besonders darunter gelitten, daß auch vielen Gliedern unserer Gemeindevertretung das Verständnis für die Notwendigkeit dieses Weges fehlte.«⁶⁸

Diese Kritik richtete sich sicherlich auch an den führenden Kopf im Presbyterium, den Kirchmeister C. H. Steinmüller. Dieser war nämlich bemüht, die Gummersbacher Kirchengemeinde von der Bekenntnissynode fernzuhalten. Entsprechend wurde bei der Pfarrerwahl nach dem Ausscheiden von Oettingens mit Pfarrer Heering derjenige Kandidat gewählt, der für die Mehrheit des Presbyteriums die Garantie gab, sich nicht der Bekenntnissynode anzuschließen. Eine Ausnahmeposition, wie sie von Oettingen eingenommen hatte, wollte man vermeiden und »den Frieden in seiner Pfarrerschaft« nicht stören.⁶⁹ Bezeichnend für die Haltung des Gummersbacher Presbyteriums ist ein Schreiben vom 31. Mai 1935 an die Kreisleitung, in dem Pfarrer Luyken als Vorsitzender des Presbyteriums für die im Evangelischen Gemeindehaus auftretenden Redner der NSDAP einerseits forderte, dass sie »in ihren Ausführungen sich von jeglicher Polemik gegen die christliche Kirche und jedweder kritischen Stellungnahme zu den innerhalb der Evangelischen Kirche bestehenden Differenzen freihalten.«⁷⁰ Andererseits unterstrich Luyken in seinem Schreiben die Loyalität zu den Machthabern; so heißt es weiter unten in dem Schreiben: »Die

Kirchengemeinde Gummersbach und ihre sämtlichen drei Pfarrer bekennen sich, das werden die Besucher unserer Gottesdienste immer behaupten können, rückhaltlos zu ihrem Führer und Reichskanzler. Auch vor der Machtergreifung Adolf Hitlers hat niemals ein Verbot bestanden, in Uniform im Gotteshause zu erscheinen. Der Klang der Glocken lud immer und lädt auch heute jeden ein, der sich mit der Gemeinde unter Gottes Wort einen will, in welchem Rock oder Gewand er auch kommen mag.«⁷¹

Ein gutes Jahr später ging der Kirchmeister und vor 1933 liberale Demokrat Carl Hugo Steinmüller in seiner Rede, die er anlässlich der Einführung des neuen Pfarrers am 31. Oktober 1936 hielt, in seinem Bekenntnis zum Dritten Reich noch einen Schritt weiter. Er beließ es nicht bei einem inzwischen in der Öffentlichkeit üblichen Bekenntnis zum Reichskanzler Hitler, sondern er stellte den Diktator als Reformator auf eine Stufe mit Martin Luther:

»Aber der alte Gott, Jesus Christus und der alte Luthergeist lebt auch heute noch in Millionen von Deutschen. Er wird nie untergehen. Nur müssen seine Träger erkennen, dass Gott dem deutschen Volke durch unseren Führer eine Revolution geschickt hat, die im Inneren des Menschen freudig miterlebt sein will, wenn Gott sie ihm nicht umsonst geschickt haben soll. Leider können viele die neue Zeit, die in Deutschland angebrochen ist, nicht innerlich verstehen und hängen an einer Vergangenheit, die nicht wiederkommt. Gott hat dem deutschen Volke wiederum einen Reformator geschickt, Adolf Hitler, einen Mann aus dem Volke, der das Volk kannte und mit ihm fühlte und sorgte. Durch diese innere Verbundenheit mit

seinem Volke brachte er nach seinen eigenen Worten ‚mit Gottes Hilfe‘ die Kraft auf, dem Volke wieder den Glauben an sich selbst zu verschaffen, durch das Mittel der Opferfreudigkeit.«⁷²

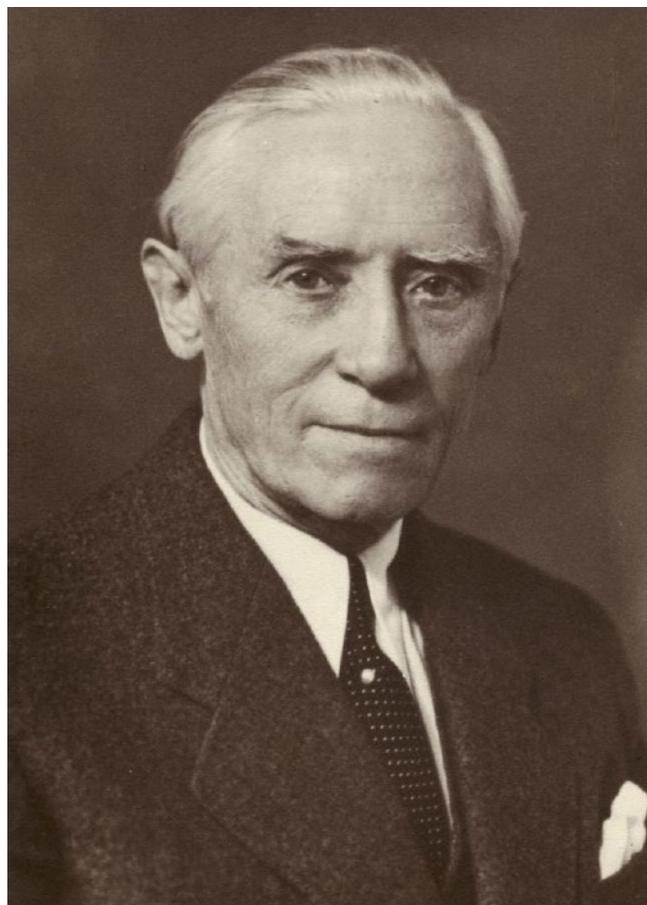


Abb. 9: Der vor 1933 liberale Demokrat Carl Hugo Steinmüller (1872 – 1959) war nicht nur der einflussreichste Unternehmer in der Geschichte Gummersbachs, sondern er hatte auch viele Funktionen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik inne (Foto: Stadtarchiv GM). Als gläubiges Mitglied der Evangelischen Kirchengemeinde in Gummersbach bekleidete er viele Jahre auch das wichtige Amt des Kirchmeisters.

Nach dem Ausscheiden von Oettingens gab es somit in den Gummersbacher Gemeinden keine führenden Personen mehr, die eine eingehende Kritik am kirchenpolitischen Kurs der NSDAP entwickelten; Pfarrer Sieber aus der benachbarten Lieberhäuser Gemeinde war mit seiner Unterstützung der Bekennenden Kirche im Nordkreis eine Ausnahmefigur. Die von Steinmüller kritisierten Gemeindeglieder, die nach seinen Worten noch »an einer Vergangenheit, die nicht wiederkommt« hingen,⁷³ versammelten sich wohl in privaten Kreisen und vor allem im CVJM um die Führungsfigur Werner Krefting.⁷⁴ Die Mehrheit der Gemeindeglieder war – zumindest vor dem Krieg – mit wesentlichen Elementen der nationalsozialistischen Politik einverstanden. Die Sorge um die eigene Kirche trat am Ende jedoch zurück. Selbst die Pfarrer der Bekennenden Kirche suchten keine Verbündeten, die aus politischen oder rassistischen Gründen verfolgt wurden; zu den jüdischen Bürgern hielt man gleichviel Distanz wie zu Sozialdemokraten oder Kommunisten. Bei Verteidigung der eigenen kirchlichen Strukturen und Glaubensinhalte zeigten nicht wenige ein beachtliches Maß an Zivilcourage, doch der Schritt ins Politische wurde in der Regel nicht vollzogen. Hierfür war sicherlich auch in der Pfarerschaft nicht zuletzt die angestammte Mentalität der Staatsloyalität bzw. des Gehorsams gegenüber der staatlichen Obrigkeit ausschlaggebend.

Ich bedanke mich für ihre vorbildliche Unterstützung bei Birgit Behrendt (Heimabildarchiv des OBK) und Manfred Huppertz (Stadt- und Kreisarchiv GM).

Anmerkungen

- 1 Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 298f.; Zur Vorgeschichte der Machtübernahme der NSDAP im Oberbergischen siehe: Gerhard Pomykaj, Eine katastrophale Fehleinschätzung – Soziale Milieus und der Aufstieg der NSDAP im Oberbergischen bis 1933, in: Frederik Grundmeier/Michael Kamp/Robert Wagner (Hg.), Indoktrination, Unterwerfung, Verfolgung, Aspekte des Nationalsozialismus im Oberbergischen, Rheinisch-Bergischen und Rhein-Sieg-Kreis, Lindlar 2021, S. 10-27
- 2 Heinz Mühlenweg, Von Wilhelm II. bis Konrad I., Was unsere buckelige Welt erlebte, erlitt, überlebte, Gummersbach 1983, S. 104f.
- 3 Volkszeitung für Rheinland und Westfalen (VZ) vom 31.1.1933
- 4 VZ vom 8.2.1933
- 5 Kurt Schreiner, Arbeiterbewegung im Oberbergischen, MS (Köln) (1964), S. 114
- 6 Zit. in: Dietmar Rathert, Wiehl und Bielstein in der Zeit des Nationalsozialismus, MS, Teil B 1, Wiehl o.J., S.3
- 7 Ebenda, S. 4
- 8 Gerhard Pomykaj, Steinbrucharbeiter und Arbeiterbewegung im Oberbergischen – ein kurzer Überblick, in: Dieter Hüschemenger/Elisabeth Klinkert/Gerhard Pomykaj (Red.): BeitrOBG, Bd. 12, 2017, S. 113 -118
- 9 HSTAD, Best. LR GUM, Nr. 1091
- 10 Bernd Jürgen Wendt, Deutschland 1933 – 1945, Das Dritte Reich, Hannover 1995, S. 83
- 11 Siehe zum folgenden: Der LR des OBK, Verzeichnis der in Schutzhaft befindlichen Mitglieder der K.P.D. und deren Nebenorganisationen sowie der Mitglieder der S.P.D. und des Reichsbanners, Gummersbach 28.3.1933, HSTAD, Best. LR GM, Nr. 1091
- 12 Robert Ley, zit. in.: Heinz Wilhelm Brandenburger, Ley-Land, Dr. Ley und der Nationalsozialismus im Oberbergischen, Köln 1988, S.73
- 13 Die Wahlergebnisse, die hier aufgeführt werden, sind den jeweiligen Ausgaben der Gummersbacher Zeitung (GZ) bzw. der VZ entnommen. Die prozentuale Berechnung wurde von mir auf der Grundlage der dort veröffentlichten amtlichen Zahlen vorgenommen. Auf den Einzel-Nachweis wird verzichtet. Da

-
- die Ergebnisse im Regelfall einen Tag nach der jeweiligen Wahl abgedruckt wurden, sind sie ohne Schwierigkeiten in den Zeitungsausgaben, die in der Kreis- und Stadtbücherei Gummersbach aufbewahrt werden, zu finden.
- 14 Siehe Anm. 10
 - 15 Heinz Wilhelm Brandenburger, Ley-Land, a.a.O., S. 75
 - 16 Protokoll der Sitzung der Gummersbacher Stadtverordneten vom 13.4.1933, STA GM, Best. GM, Nr. 215
 - 17 GZ vom 14.4.1933
 - 18 Geschichte der Oberbergischen SA, in: Buch des Oberbergischen Kreises, hg. v. d. Kreisleitung der NSDAP Oberbergischer Kreis, Gummersbach 1939, S. 44
 - 19 GZ, 20.3.1933
 - 20 Fritz Rau, Schulchronik Windhagen 1933, MS, Schularchiv GGS Windhagen
 - 21 GZ vom 17.5.1933
 - 22 Ebenda
 - 23 Schreiben des RP in Köln vom 5.10.1933, KAOBK, Best. Altakten, Nr. 333
 - 24 Aussage Otto Schnabel, 5.9.1933, ebenda
 - 25 Aussage Wilhelm Mackh, 5.9.1933, ebenda
 - 26 Brandenburgers Behauptung, Mackh, sei parteilos geblieben, ist falsch. Heinz-Wilhelm Brandenburger, Ley-Land, a. a. O., S. 82
 - 27 STA GM, Best. GM, Nr. 161
 - 28 August Dresbach, So sind die Bürgermeister, in: Klaus Goebel/Gerhard Pomykaj, Ein unbequemer Demokrat, August Dresbach zum 100. Geburtstag, Gummersbach 1994, S. 87
 - 29 STA GM, Best. GM, Nr. 316
 - 30 Fritz Rau, Schulchronik Windhagen 1933, a.a.O.; Gerhard Pomykaj/Jürgen Woelke, 150 Jahre Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt, a.a.O., S. 34
 - 31 Siehe auch: Matthias Schlauderer, Die Entstehung der oberbergischen Schutzstaffeln, in: Buch des Oberbergischen Kreises, a.a.O., S. 46f.
 - 32 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 17.8.1933, STA GM, Best. GM, Nr. 215
 - 33 Siehe zum Folgenden: HSTAD, Best. LR GM, Nr. 448
 - 34 Siehe z. B. Wiedergutmachungsakte, Archiv des OBK, Nr. 2979
 - 35 Ebenda und Gerhard Pomykaj, Die Brüder August, Fritz und Albert Nohl – Arbeiterführer in schwierigen Zeiten, in: Gerhard Pomykaj/Jürgen Woelke, Gummersbacher in ihrer Zeit, Gummersbach 2009, S. 162
 - 36 Siehe zum Folgenden: Dokumentation zur Judenverfolgung in Gummersbach während der Herrschaft des Nationalsozialismus, hg. v. d. Stadt Gummersbach, Red. Werner Knabe/Heinrich Mecke/Gerhard Pomykaj/Jürgen Woelke, Gummersbach 1995; Manfred Huppertz, Dokumentation zur Judenverfolgung in Gummersbach während der Herrschaft des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation des Stadtarchivs Gummersbach, 3. ergänzte Auflage, Gummersbach 2020
 - 37 Oberbergischer Bote (OBB) vom 3.4.1933
 - 38 Ebenda 16.1.1933
 - 39 Philipp Dürr am 11.6.1933, zit. in: Henner Luyken, Der Gummersbacher Schützenverein und der Nationalsozialismus, in: Festschrift des Gummersbacher Schützenvereins 2003, Gummersbach 2003, S. 33
 - 40 Brief des Vorstandes des Gummersbacher Schützenverein an Siegfried Löwenstein vom 13.7.1933, zit in: Henner Luyken, Der Gummersbacher Schützenverein und der Nationalsozialismus, a.a.O., S. 37
 - 41 Zit. in: ebenda
 - 42 Henner Luyken, Der Gummersbacher Schützenverein und der Nationalsozialismus, a.a.O., S. 31ff. Siehe auch: Dokumentation zur Judenverfolgung in Gummersbach während der Herrschaft des Nationalsozialismus, hg. v. d. Stadt Gummersbach, Red. Werner Knabe/Heinrich Mecke/Gerhard Pomykaj/Jürgen Woelke, Gummersbach 1995. Herr Knabe gibt hier noch die falsche Version, die ihm mündlich zugetragen worden war, wieder.
 - 43 Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, a.a.O., S. 316
 - 44 Der oberbergische Kreis in den ersten fünf Jahren nationalsozialistischer Führung, in: Buch des Oberbergischen Kreises, a.a.O., S. 212
 - 45 Aufruf an die Gummersbacher Bevölkerung; OBB vom 10.11.1933
-

-
- 46 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4., Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 – 1949, München 2003, S. 614
- 47 Siehe zum Folgenden: Wahl-Ergebnisse der Stadtgemeinde Gummersbach und des Oberbergischen Kreises, OBB 13.11.1933
- 48 99,21 % Wahlbeteiligung im Oberbergischen. Die Heimat blieb ihrer Ueberlieferung treu, OBB, 13.11.1933
- 49 Wiedergutmachungsakte, KA OBK, Nr. 2967; s. Auch: Gerhard Pomykaj, Wilhelm Heidbreder – der erste Sozialdemokratische Bürgermeister, in: Gerhard Pomykaj/Jürgen Woelke (Hg.), Gummersbacher in ihrer Zeit, a.a.O.; S.191ff.
- 50 Ebenda; Schreiner, Arbeiterbewegung im Oberbergischen, a.a.O., S. 104f.
- 51 Wiedergutmachungsakten, KA OBK, Nr. 2421 und 2967
- 52 Wiedergutmachungsakte, KA OBK, Nr. 2967
- 53 Ebenda
- 54 STA GM, Best, GM, Nr. 158
- 55 Wiedergutmachungsakte, KA OBK, Nr. 2421
- 56 Lohmar an Heinrich Hamacher MdB am 13.1.1959, Wiedergutmachungsakte, KA OBK, Nr. 2967
- 57 Wiedergutmachungsakten, KA OBK
- 58 Siehe zum Folgenden: KAOBK, Altakten, Nr. 513 und 514; Brandenburger, Ley-Land, a.a.O., S. 93ff.
- 59 LR Krummacher zit. in: Brandenburger, Ley-Land, S. 161
- 60 Herbert von Oettingen, zit. in: Brandenburger, Ley-Land, a.a.O., S. 103
- 61 KA OBK, Nr. 513, Brief vom 8.12.1933
- 62 Brandenburger, Ley-Land, S. 110
- 63 Schreiben des Superintendenten von Oettingen vom 2.1.1934, KA OBK, Nr. 513
- 64 Ders., ebenda
- 65 Vortrag im Juni 1934, KA OBK, Nr. 513
- 66 HSTAD, Best. LR GM, Nr. 1092
- 67 HSTAD, Best. LR GM, Nr. 1092
- 68 H(erbert) von Oettingen, Abschiedspredigt gehalten in der Kirche zu Gummersbach am Pfingstsonntag, den 9. Juni 1935, Wuppertal (1935), S. 9
- 69 Beschluss des Presbyteriums vom 20.7.1936, abgedr. in: Beiträge zur Geschichte des Kirchenkampfes 1933 – 1945 im Kirchenkreis An der Agger, Bd. IV, hg. v. Johannes Fach, MS, o. O. o. J., S. 339f.
- 70 Schreiben von Pfarrer Luyken an die Kreisleitung der NSDAP in Gummersbach vom 31.5.1935, abgedr. in: ebenda, S. 333
- 71 Ebenda
- 72 Rede C.H. Steinmüller, gehalten gelegentlich der Einführung von Pfarrer Heering am 18.10.1936, MS, STAGM, Best. Steinmüller
- 73 Derselbe, ebenda
- 74 DS. dazu auch die Rolle des CVJM : Werner Krefting, C.V.J.M.-Chronik 1925 – 1975, Christlicher Verein Junger Männer e.V. Gummersbach, MS, (Gummersbach) (1975), STA GM, Best. GM, Nr. 6853